

# Berliner Volksblatt.

## Organ für die Interessen der Arbeiter.

Das „Berliner Volksblatt“ erscheint täglich Morgens außer nach Sonn- und Festtagen. Abonnementspreis für Berlin frei in's Haus vierteljährlich 4 Mark, monatlich 1,35 Mark, wöchentlich 35 Pf. Postabonnement 4 Mark. Einzelar Nr. 5 Pf. Sonntags-Nummer mit Illustr. Beilage 10 Pf. (Eingetragen in der Postzeitungspreisliste für 1885 unter Nr. 746.)

**Insertionsgebühr**  
berägt für die 8 gespaltene Zeilen oder deren Raum 40 Pf. Arbeitsmarkt 10 Pf. Bei größeren Aufträgen hoher Rabatt nach Uebereinkunft. Inserate werden bis 4 Uhr Nachmittags in der Expedition, Berlin SW., Zimmerstraße 44, sowie von allen Annoncen-Bureaus, ohne Erhöhung des Preises, angenommen.

Redaktion und Expedition Berlin SW., Zimmerstraße 44.

### Zur Wohnungsfrage.

Die Wohnungsfrage ist schon lange für die Masse des Volkes zu einer Wohnungs-Kalamität geworden und hat in den großen Städten mit ihren Miethskasernen, ihren ungesunden Massenquartieren und ihren kaum mehr möglichen Miethspreisen nachgerade eine abschreckende Gestalt angenommen. An Abhilfe ist bis heute gar wenig geschehen, denn die Hausbesitzer haben es verstanden, die Gesetzgebung von ihrem Interessentkreis abzuhalten und sich innerhalb ihrer „vier Pfähle“ volle Souveränität zu wahren. Das liegt auch in der Natur der Sache; die Rechte des Hausbesitzers gründen sich auf die gegenwärtig geltenden Rechtsnormen und auf die Anschauungen in den gesellschaftlich dominierenden Klassen.

Wir haben uns in diesen Blättern schon des Oesteren mit der Wohnungsfrage beschäftigt und freuen uns, heute in der „Frankfurter Zeitung“ einem Vorschlage zu begegnen, dem wir unsere volle Sympathie zollen können. Das genannte Blatt meint nämlich, es sei nicht ausreichend, wenn die Gesetzgebung den staatlichen Ueberwachungsorganen die Pflicht auferlege, in den Fabriken und sonstigen gewerblichen und industriellen Betrieben dafür zu sorgen, daß Einrichtungen getroffen werden, die den Arbeiter geben eine Gefährdung seiner Gesundheit und seines Lebens zu schützen geeignet sind. Das Frankfurter Blatt meint weiter, diese Fürsorge für Leben und Gesundheit des arbeitenden Volkes müsse auch auf dessen Wohnstätten ausgedehnt werden und damit hat das Blatt vollständig recht.

Selbstverständlich wird von den Interessenten die Wohnungsfrage aufgeworfen werden. Hat der Staat, so werden die Hausbesitzer fragen, das Recht, uns vorzuschreiben, was wir innerhalb unserer „vier Pfähle“ thun und lassen dürfen? Nun, darüber diskutieren wir nicht weiter; der Staat hat allerdings das Recht, gesundheitsgefährliche Einrichtungen und Zustände zu beseitigen, wo sie sich vorfinden; er hat dazu sogar die dringende Pflicht, soweit ihm keine Unmöglichkeiten entgegenstehen.

Daneben ist ein derartiges Eingreifen der Behörden in ungesunde Wohnungsverhältnisse gar nichts Neues; in einzelnen Fällen ist dasselbe schon mit einer gewissen Energie erfolgt. Wir erinnern nur an die behördlichen Vorschriften für die Auswanderer-Logirhäuser in den Seehäfen, namentlich in Bremen. Die Behandlung der Auswanderer in vielen dieser Logirhäuser war lange Zeit eine Schandthat; man packte die bedauerndwerthen „Europamäuden“ in enge ungesunde Räume, wo sie wie die Heringe in der Tonne aufeinander lagen, jedes Alter und Geschlecht bunt durcheinander. Dafür waren auch noch hohe Preise zu zahlen.

Die Behörden in Bremen machten diesem Standal ein Ende, indem sie die Logirhäuser untersuchten und genau vorschrieben, wie viele Personen in einem Raume untergebracht werden durften u. s. w. Daß man auf das Geschrei einiger Wirthe über diesen Eingriff in ihre „Freiheit“, keine Rücksicht nahm, war sehr vernünftig; die „Freiheit“, die Gesundheit Anderer zu schädigen und ihnen dafür auch noch Geld abzunehmen, ist eben eine sonderbare Art von „Freiheit“.

Aber, fragen wir nun, wenn eine solche Fürsorge für die Gesundheit der Auswanderer zulässig ist und als Pflicht erachtet wird, warum sollte sie nicht zulässig sein und als Pflicht erachtet werden für die gesammte Bevölkerung?

Warum sollen nicht sämtliche Wohnräume überhaupt, genau wie die Auswandererhäuser, einer behördlichen Aufsicht unterstellt werden, die strengstens darüber zu wachen hat, daß keine gesundheitsgefährlichen Zustände entstehen? Es bestehen ja in der That schon einige dahin zielende, wenn auch noch unvollkommene Vorschriften und man kann froh sein, daß die Behörde wenigstens ermächtigt ist, die Häuser auf Bauzufälligkeit zu untersuchen, denn es giebt Eigenthümer, die der Bauzufälligkeit ihrer Häuser, die sie an andere vermietet haben, gegenüber sonst dieselbe Gleichgültigkeit in sich tragen würden, wie früher gewisse Rheder gegenüber ihren „Sargschiffen“.

Unserer Meinung nach müßte dem Reichs-Gesundheitsamt zur Pflicht gemacht werden, eine umfassende Beaufsichtigung der Wohnräume in Bezug auf ihre sanitären Verhältnisse im ganzen Reiche zu organisiren und es müßte diese Behörde die Befugniß haben, die Eigenthümer der Wohnräume zur Beseitigung gesundheitsgefährlicher Zustände zu zwingen. Wir brauchen heute keine Schilderung der Zustände zu geben, die in den Wohnungen der Armen, namentlich in den großen Städten, gewöhnlich sind. Man kennt diese Zustände, und die Ausnahmen sind selten, die Zustände sind fast überall die gleichen. Wenn aber die Sanitäts-Behörden einmal eine eingehende Untersuchung der Wohnungsverhältnisse in den Massenquartieren vornehmen wollten, so würde man denn doch erschrecken über diese Unsumme von Elend und Noth, die eine solche Untersuchung in ihren Ergebnissen zweifellos darstellen müßte. Wie würde man staunen darüber, daß Millionen von Menschen in Räumen ihr Leben hindringen müssen, die an Gesundheit und Leben der Bevölkerung mehr Schaden anrichten im Stande sind, als die gefährlichste Seuche, die noch jemals verwüsthend über die Länder dahin geschritten ist.

Die Sache erscheint hier auch noch von einer anderen Seite beleuchtet: Die hohen Miethspreise verschulden zum

Theil auch die ungesunden Zustände, die kleinen Wohnungen sind verhältnismäßig die theuersten und sind bei der großen Nachfrage schwer zu haben. Da ist ein Arbeiter genöthigt, eine Wohnung zu nehmen, die einen für ihn an sich unerschwinglichen Preis hat; allein er richtet sich ein. Er vermietet wieder die einzelnen Wohnräume und nimmt für sich und seine Familie die Küche als einzigen Wohnraum in Anspruch. Dort wird gekocht, gegessen, gewohnt, geschlafen. Die Arbeiter fühlen, wie sie unter einem solchen Zustand leiden, wie die Gesundheit ihrer Familien dadurch alterirt wird, allein wie sollen sie es anders machen, wenn sie ein Obdach haben wollen?

Was ist aber da zu thun? Nun, wir haben es schon einmal ausgesprochen, daß wir eine staatliche Taxation der Wohnhäuser und eine tarifmäßige Feststellung des Miethspreises für eine gar nicht so üble Maßregel halten. Wunder erwarten wir von derselben auch nicht; die Konjunkturen sind in vielen Fällen mächtiger als Gesetzesparagrafen. Aber keineswegs trifft das auf alle Fälle zu und gerade bei der Bestimmung der Miethspreise wirkt die Willkür des Eigenthümers mehr mit, als bei irgend einem anderen Verhältnis.

Demnach können nur wir wiederholen, es wäre endlich Zeit, daß die Gesetzgebung sich einmal ernsthaft mit der Wohnungsfrage beschäftige.

### Politische Uebersicht.

Zu viel des Guten! So könnte man ausrufen, wenn man die von allen Parteien im deutschen Reichstage zur Schau getragene „Arbeiterfreundlichkeit“ betrachtet. Zum Wohle der Arbeiter forderte Herr Adernann die „berühmten“ Arbeiterbäcker; im Interesse der Arbeiter erklärten sich die liberalen Korpphden gegen eine gesetzliche Beschränkung der Arbeitszeit und nur um den ländlichen Arbeitern Beschäftigung zu verschaffen, beelten sich die Schutzzöllner, das Korn resp. das Brot zu verbuurn. Es ist nach den Akten zwar Alles schon dawegewesen, ob aber schon jemals eine derartige Konkurrenz zur Förderung der Interessen der Arbeiter stattgefunden hat, ist immerhin zweifelhaft. Und die Arbeiter? Nun, sie hören die die schönen Reden wohl, allein sie wissen auch warum und zu welchem Zwecke dieselben gehalten werden. Sie wissen, warum die eine Partei immer noch mehr Eifer wie die andere an den Tag legt, wenn es gilt, die Nothlage der Arbeiter als Motto für die Zustimmung zu einem den Zwecken der Partei, resp. Gruppe, dienenden Gesetzesentwurf zu benutzen: Das Mittel paßt zur Zeit vortreflich zum Zweck. Die Arbeiter lassen sich aber nicht durch das Wortgeklingel betören, die Wollsgestichter gucken zu deutlich aus den Schafpelzen hervor und die Herren, welche da glauben, daß die Arbeiter der schönen Reden halber ihrem Heerbanne folgen werden, befinden sich in einer großen Täuschung; die Arbeiter werden nach wie vor ihre eigenen Wege gehen und selbst ihre Interessen zu wahren suchen.

wenn ich Ihnen sage, daß ich dieses oder jenes mit eigenen Augen gesehen habe.“

Die Neugierde des jungen Mannes war auf's Höchste gespannt.

„Das ist eine eigenthümliche Einleitung; ich bin neugierig auf Ihre Mittheilungen. Ich bitte, beginnen Sie.“

„Es war also gestern zwischen neun und zehn Uhr,“ begann Jeane Dupré, „als Sie den Grafen verließen. Ich hörte, daß Sie sagten, ich solle mich nach Hilfe umsehen, für den Fall, daß es nicht nöthig sein würde. Das habe ich gethan. Ich bin zu Segal gegangen und habe ihm gesagt, daß er in dem unteren Zimmer bleiben möge, damit ich ihn rufen könnte, wenn ich seiner bedürfte. — Ich dachte Anfangs, daß es nicht nöthig sein würde, weil ich erwartete, daß die Komtesse ebenfalls bei ihrem Vater bleiben würde. Aber gleich nachdem Sie sich entfernt hatten, ging auch die Komtesse, und ist auch nicht wieder gekommen.“

„Sie bedurften Segals Hilfe in der Nacht?“ fragte Friß, ohne auf diese ihre Betrachtung näher einzugehen.

„Erlauben Sie nur, daß ich weiter erzähle. . . Ich ließ Segal nur dort bleiben, weil Sie es gerathen hatten, nicht aber, weil ich dachte, daß ich seiner Hilfe bedürfen werde, denn es ist ja nicht das erste Mal, daß ich bei dem Grafen wache, und ich habe noch nie einer andern Hilfe bedurft. Ich nahm also meinen Strickbeutel und blieb allein bei dem Kranken. Alles war still im Schloß; auch Segal hatte sich ebenfalls längst zur Ruhe begeben auf dem Sopha unten im Waffensaal, wo ich ihm ein Lager zurecht gemacht hatte.“

Dort machte die Frau eine Pause, um sich zu erholen und sich erst durch eine Priße zu stärken.

Friß erwartete schweigend die Fortsetzung ihrer Erzählung.

Nachdem sie sich geräuspert, fuhr sie, indem sie die Dose wieder in ihre Tasche schob, fort:

„Ich setzte mich an das Bett des Kranken und fing zu frieden an. Von Zeit zu Zeit lästete ich den Vorhang des Bettes, um nach dem Grafen zu sehen. Er lag da,

### Feuilleton.

#### Gesucht und gefunden.

Roman von Dr. Dur.

(Fortsetzung.)

Zwei Jahre später war seine Gemahlin gestorben. Das schien zu stimmen. Doch wie sollte er dies Alles vereinigen mit Habicht's bestimmter Behauptung, daß die schwarze Dose die Ursache der Krankheit des Grafen sei?

Habicht hatte zwölf Jahre hintereinander seine Beobachtungen angestellt, und er konnte sich nicht täuschen. Welches war nun das Richtige? Hatte Habicht Recht mit seiner Behauptung, oder war vielleicht die Katastrophe in Davistown in Zusammenhang zu bringen mit dieser sonderbaren Krankheit?

Bergebens zerbrach er sich den Kopf, um in diese Wirren Klarheit zu bringen. Da hörte einige leichte Schläge an der Thür, die ihn in seinen Betrachtungen störten.

„Herein!“

Die Thür öffnete sich, und Jeane Dupré erschien auf der Schwelle. Mit tiefer Verbeugung grüßte sie den Arzt. Die Ankunft dieser Frau war ihm in diesem Augenblick sehr zuwider. Schon dachte er an eine schädliche Ausflucht, um sie zur Entfernung zu veranlassen, da aber fiel der bedenkliche Ausdruck ihres Gesichtes ihm auf.

Sie blieb Anfangs mit gesenktem Haupte an der Thür stehen, bis sich auf die Lippen und schien nicht recht beabsichtigte. Friß sah ihre Verlegenheit, und um ihre Gesellschaft bald los zu werden, half er ihr auf den Anfang.

„Was haben Sie mir zu sagen?“ fragte er.

Es war auffallend, daß sie statt zu antworten, noch einmal die Thür öffnete, und auf den Gang zurückblickte, als wollte sie sehen, ob ihr auch Niemand gefolgt sei.

„Was hat diese Vorsicht zu bedeuten?“ dachte Friß. Seine Neugierde war gewedt.

„Herr Doktor,“ rebete sie ihn endlich, näher tretend, an, „ich bitte Sie um Verzeihung, daß ich Sie so früh störe, aber ich muß Ihnen Wichtiges mittheilen.“

„Sprechen Sie, Madame Dupré; was ist es?“

„Es betrifft den Grafen.“

„So?“

„Ja, mein Herr! Sie wissen, daß ich diese Nacht bei dem Herrn gewacht habe.“

„Richtig; ich sah Sie gestern Abend an seinem Bette.“

„Aber setzen Sie sich, Madame,“ fügte er hinzu, da durch diese Einleitung, und noch mehr durch ihre Miene sein Interesse erregt war.

Sie folgte seiner Einladung und setzte sich in einen großen Ledersessel dem Arzte gegenüber. Er hatte in flüger Berechnung ihren Platz so bestimmt, daß das volle Tageslicht auf ihr Gesicht fiel. Als er jetzt dasselbe aufmerksam betrachtete, machte er die Bemerkung, wie viel Energie und Charakter eigentlich in den Zügen und in der Koppbildung dieser Frau liege, die bisher nur einen lomischnen Eindruck gemacht hatte.

Sie schwieg noch einige Augenblicke, um sich zu sammeln und Athem zu schöpfen, dann begann sie, ihn mit ihren großen, schwarzen Augen fest anblickend:

„Herr Doktor! Ich muß Ihnen im Voraus sagen, daß ich keine alberne, furchtsame Frau bin. . . Ich habe in meinem Leben Manches gesehen, was in einem Andern wohl Furcht und Schrecken erregt hätte. . . Es giebt fast nichts, was mich in besonderer Erstaunen versetzt und mir Grauen verursacht, denn wenn man, wie ich, aber Schlachtfelder gekommen ist. . .“

„Ich weiß, Madame Dupré; Sie haben auf den Schlachtfeldern von Sebastopol wohl die Furcht verlernt.“

„Das habe ich, das kann ich Ihnen versichern, Herr Doktor; ich fürchte mich vor nichts.“

„Das glaube ich gern, Madame!“

„Ich sage das nicht, um mich zu rühmen; ich schiedte das nur voraus, um Ihnen begreiflich zu machen, daß ich keine Gespenstseherin bin, und damit Sie mir glauben,

**Das die Forderungen der Agrarier mit der Erhöhung der Getreidezölle noch nicht erschöpft sind, hat eine Beratung dieser Zollfrage bewiesen, welche vor einigen Tagen in dem elfstättigen Landesauschuss stattgefunden hat. Bei dieser Gelegenheit vertieg sich einer der Redner zu der Behauptung, die Zollserhöhung werde der Landwirtschaft nicht helfen, so lange der Ertrag der Zölle derselben nicht ohne Abzug überwiesen werde. Damit wäre die gesammte städtische Bevölkerung und nach Berechnung verschiedener Abgeordneten im Reichstage auch der größte Teil der landwirtschaftlichen Bevölkerung dem größeren U. und beständig direkt tributpflichtig gemacht. Man sieht, daß die Herren Agrarier nicht blöde sind, sie geben auf's Ganze.**

**Die Währungsfrage** scheint nach Erledigung der schwebenden Zollfragen zunächst an die Reihe zu kommen. Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ bringt an hervorragender Stelle folgende Notiz: Dem Herrn Reichsanwalt ist von 108 landwirtschaftlichen Vereinen folgende Zuschrift zugegangen: „Eure Durchlaucht wolle in Anbetracht der schweren Schädigung, welche die Goldwährung durch Erhöhung des Goldwertes und zunehmende Silberentwertung der gesammten wirthschaftlichen Entwicklung Deutschlands und insbesondere der Landwirtschaft und Industrie durch das fortgesetzte Sinken der Preise zuzugt, die Initiative zur schleunigen Herstellung der vertragsmäßigen Doppelwährung ergreifen.“

### Frankreich.

Bei dem vorgesehnen in Paris stattgefundenen Zeichenbegangnis Jules Valés trug sich ein bezeichnender Zwischenfall zu, über den ein Privattelegramm aus Paris der „Post. Bl.“ folgendes mittheilt: „Als sich gegen 2 Uhr Nachmittags der Leichenwagen vom Todtenhause auf dem Boulevard Saint-Michel in Bewegung setzte, brachen Arbeiter einen Wellenstrom mit der Inschrift: „Die deutschen Sozialisten in Paris“ herbei. Raum erblickte eine Studentengruppe den Kranz, als sie den Schrei ausstieß: Nieder mit den Deutschen! nieder mit Deutschland! Die übrige Menge, die nach Tausenden zählte, wurde nun ebenfalls des auf einer hohen Stange getragenen Kranzes anständig und tief: Nieder mit Deutschland! Frankreich hoch! Die Sozialisten, die um den Kranz eine Garde bildeten, erwiderten mit dem Gegenrufe: Es lebe die Kommune! es lebe die Internationale! Diese Schreie folgten dem Zuge, bis auf der Höhe der Rue Soufflot die Studenten, von der Menge angefeuert, einen Sturm auf den Kranz unternahm. Es entstand ein wilder Kampf mit Stöcken und Todtschlägern, und der Sturm wurde abgeschlagen. Jetzt begann die Menge den Kranz aus der Ferne mit Straßenschlägen, Drangensschlägen, ja sogar mit Pfastersteinen zu bewerfen. An der Rue Saint-Jacques entstand ein neuer Kampf. Die während gewordenen Sozialisten schlugen wie toll los. Ein Student fiel verwundet, einen andern trugen seine Kameraden halbtodt aus dem Getümmel. Viele lagen im Schmutz oder stüchteten sich in die Äden, die man hinter ihnen schloß. So wälzte sich der Kampf unter fortwährendem Getöse: Nieder mit Deutschland! bis zum Kirchhof, den die streitenden Sozialisten mit dem deutschen Kranze betreten, während ihre Gegner draußen blieben. Die Polizei ließ sich während der ganzen Zeit nicht sehen.“

Ein Telegramm des „Temps“ aus Shanghai vom 15. meldet: Admiral Courbet eröffnete gestern früh das Feuer auf 3 chinesische Kriegsschiffe, welche sich auf den Ningpo-Fluß gesammelt hatten. Der Ausgang des Gefechtes ist unbekannt. Es herrscht dichter Nebel.

### Großbritannien.

England ist um ein kulturhistorisches Ereignis reicher geworden; der Tunnel unter der Mersey, welcher Liverpool und Birkenhead verbindet, ist eröffnet worden. Beide Städte sind thatsächlich schon lange nur eine Stadt gewesen, da die eine Meile breite Waferscheide durch den ununterbrochenen Dienst von Dampfzügen überbrückt war. Der Tunnel wird somit Birkenhead in unmittelbare Landverbindung mit dem umgekehrten Eisenbahnnetz bringen, welches in Liverpool zusammenläuft. Die durch den Tunnel führende Eisenbahn ist insofern noch nicht gelegt, so daß das ganze Werk erst Mitte Juni vollständig sein dürfte. Die frühesten Geschichte dieses großartigen Werkes der modernen Ingenieurkunst ist voll von Aufschüben und mißlungenen Versuchen, und nächsten Juni werden es genau 19 Jahre, seitdem die erste Bill zur Anlegung des Tunnels die gesetzliche Sanction erhielt. Jeun Jahre vergingen, und wenig oder nichts war gethan, bis endlich 1880 unter der Leitung von Major Isaac eine neue Kompanie gebildet wurde, die das Werk mit den besten Maschinen der Neuzeit in Angriff nahm und nunmehr glücklich vollendet hat. — Jedenfalls ist dieses Kulturwerk von weit größerer Bedeutung, als wie ein Duzend siegreich beendeter Schlachten gegen die „Rebellen“ im Sudan.

### Italien.

Die von verschiedenen Seiten kolportirte Meldung, daß die italienische Regierung, um für die Ausweisung eines italienischen Korrespondenten aus Berlin Repressalien zu üben, mehrere deutsche Publizisten, u. A. den Korrespondenten der

Kreuzzeitung, aus Rom ausweisen wolle, entbehrt der Begründung. Aus Rom wird nämlich dem genannten Blatte von seinem ständigen Korrespondenten geschrieben: „Heute Vormittag begab ich mich in das Ministerium des Innern und legte dem General-Sekretär die Nachricht der „Post. Bl.“ (von der angeblich bevorstehenden Ausweisung) vor. In liebenswürdigster Weise erklärte mir der Beamte, daß die Nachricht von Anfang bis zum Ende erfunden sei und daß die italienische Regierung nicht daran denke, weder mich noch sonst einen meiner Kollegen auszuweisen.“

### Kommunales.

**Tagesordnung für die Sitzung der Stadtverordneten-Versammlung am Donnerstag, den 19. Februar cr., Nachmittags 5 Uhr. Drei Naturalisations-Gesuche. — Berichterstattung des Stads-Ausschusses, betr. die Erhöhung des Schulgeldes für die städtischen höheren Lehranstalten. — Vorlage, betr. die Berichte über den Fortgang der Kanalisationsarbeiten im Oktober-Dezember-Quartal 1884. — Desgl., betr. die Anlage eines Vorgartens auf dem Krankenhaus-Grundstücke im Moabit im Zuge der Birkenstraße. — Desgl., betr. die für die Verpflegung von Waisenkindern zu legitimirten Einheitslätze. — Desgl., betr. die Erhebungen für die Reichs-Armen-Statistik. — Desgl., betr. die Reinigung der Schulräume der höheren Lehranstalten und der Gemeindeschulen. — Desgl., betr. die durch die städtischen Gasanstalten im Oktober-Dezember-Quartal 1884 gespeisten Flammen. — Desgl., betr. die Feier des Geburtstages Sr. Majestät des Kaisers und Königs. — Desgl., betr. einen Antrag zum Etat für die Ortspolizei-Verwaltung pro 1. April 1885/86. — Desgl., betr. den Ankauf eines Grundstücks an der Demminerstraße zu Gemeindeschulzwecken. — Antrag von Mitgliedern der Versammlung, den Reichstag zu ersuchen, die Erhöhung der Getreidezölle abzulehnen. — Rechnungssachen. — Berichterstattung des Ausschusses zur Vorbereitung der Wahl von zwei Stadtverordneten und zwei Bürger-Deputirten für die Gewerbe-Deputation. — Eine Remunerationsache.**

— Im laufenden Jahre soll laut Beschluß des Bundesraths die Aufnahme einer Statistik der Armenpflege stattfinden. Bei der Ausdehnung der Berliner Armenverwaltung sind die bezüglichen Arbeiten so umfangreich, daß der Magistrat sich in der Nothlage sieht, für diese Zwecke vorübergehend ein besonderes Bureau zu etabliren und dafür die Bewilligung einer Kostensumme von 10 000 Mk. bei der Stadtverordneten-Versammlung nachzusuchen. Aus Zweckmäßigkeitsgründen hat der Magistrat die Verlegung der statistischen Aufnahmen auf das Jahr 1. April 1885/86 bei der Staats-Aufsichtsbehörde beantragt, er befindet sich jedoch bis jetzt noch ohne Bescheid.

— Das Zwangsinnungswesen nimmt die Kräfte unserer Armenverwaltung schon in bedeutendem Umfange in Anspruch. Die Durchschnittszahl der Zwangsgerichtskinder betrug im vorigen Jahre 236. Dieselbe ist gegen das Vorjahr um 44 gestiegen, während sie im Vorjahre selbst um 68 und im Jahre vorher um 55 gestiegen war. Die Durchschnittskosten für ein Kind haben im letztvergangenen Jahre 258 Mk. betragen.

— Unsere städtische Taubstummen-Schule wird etwa zu 10 pSt. von Kindern aus solchen Gesellschaftsklassen besucht, welche ihre vollstinnigen Kinder der unentgeltlichen Volksschule nicht zuführen pflegen. Für diese Kinder soll in Zukunft ein Schulgeld von 96 Mk., d. h. in derselben Höhe wie an der königlichen Taubstummenanstalt, erhoben werden. Das Schulgeld für die auswärtigen Schüler wird von 150 Mk. auf 200 Mk. jährlich erhöht werden.

### Lokales.

Um der Pferdebahnverbindung des Westens der Stadt mit Moabit eine einheitlichere Gestaltung zu geben, werden vom 19. d. M. folgende Betriebsänderungen eingeführt werden: Die Linie Leipziger Platz — Moabit wird außer Betrieb gesetzt, dagegen wird von dem gedachten Tage an auf der Linie Spittelmarkt — Moabit, auf welcher bisher die Wagen in Zwischenräumen von 8 Minuten verkehrten, ein 6 Minuten-Verkehr stattfinden. Ferner hat die Verwaltung in Folge mehrerer an sie herangetretener Wünsche beschlossen, auf der Linie Kreuzberg — Dönhofsplatz versuchsweise einen Frühwagen einzulegen. Derselbe wird gleichfalls vom 19. d. M. in Wirksamkeit treten und um 6 Uhr 42 Min. früh vom Kreuzberg abgehen, so daß er um 7 Uhr den Dönhofsplatz erreichen wird. Von den Ergebnissen dieses Versuches wird dann die dauernde Befugung dieses Wagens in den Betrieb dieser Linie abhängen.

g. In der hiesigen Musikwelt, speziell des Violinspiels, wird jetzt viel von einer, wenn auch unscheinbaren, so doch weittragenden Erfindung gesprochen, welche von Fachleuten geradezu als genial bezeichnet wird. Es ist dies der Brenzelsche Patentwirbel. Etwas Vollenderes soll undenkbar sein und alle ähnlichen Versuche und Erfindungen sollen mit

„Es ist unmöglich; er ist so schwach, daß er sich kaum rühren kann.“

„Sie haben recht, und daran habe ich auch gedacht; dennoch war er es, denn ich sah, so wie ich Sie jetzt vor mir sehe. Er hielt eine Fackel in der Hand. Die Nacht war sehr dunkel und die Luft so still, daß die Flamme der Fackel nicht einmal flackerte.“

Früh blühte Jeane Dupré mit bestürzter Miene an.

„Zuerst,“ fuhr sie nach kurzem Schweigen fort, „als ich den Herren Grafen in einer solchen Stellung sah, wollte ich rufen, nach Hilfe schreien, aber glücklicher Weise besann ich mich schnell, er könne mondsüchtig sein, dachte ich, wenn ich rufe, erwacht er, stürzt hinab und er ist verloren. . . Sie wissen wohl, Herr Doktor, Mondsuchtige darf man nicht anrufen.“

„Ich weiß, ich weiß. . . Weiter!“

„Gut, ich schweige und blide mit unverwandten Augen nach ihm hin. Denken Sie, da erhebt er langsam die Fackel, dann senkt er sie. Dies wiederholte er drei Mal, wie Jemand, der damit einem Andern ein Zeichen geben will. Dann wirft er die Fackel hinab, zieht die Vorhänge zu, geht an mir vorüber ohne mich zu sehen und legte sich wieder in das Bett, etwas vor sich hinstummelnd, Gott mag wissen, was.“

„Wissen Sie gewiß, daß Sie dies Alles gesehen haben, Madame?“

„Run ob ich das gewiß weiß!“

„Das ist eine seltsame Geschichte!“

Das weiß ich wohl, aber was wollen Sie? Es ist nun einmal so gewesen. . . Ich erschau im ersten Augenblick. Dann als ich ihn wieder so ruhig auf seinem Bette liegen sah, die Hände auf der Brust als ob nichts geschehen wäre — da sagte ich zu mir selbst: „Jeane, es wird ein Traum gewesen sein; es ist nicht anders möglich.“

„Dieselbe Vermuthung habe ich auch, Madame Dupré.“

„Aber Sie täuschen sich, Herr Doktor!“ Ich habe mich wohl überzeugt, ob ich geträumt oder gewacht habe — ich bin an das Fenster gegangen und habe hinausgesehen. Richtig. . . die Fackel lag noch da. Sie war in

diesem Patentwirbel garnicht verglichen werden können. Erfindung ist eine Veränderung der alten Holzwirbel, für Laien kaum bemerkbar, für den Kenner aber von hohem Werth. Die Holzwirbel werden, soweit sie im Wirbelkasten stehen, eine Metallkapsel gefügt, an welcher sich eine Lärze ohne Ende mit Doppelgewinde befindet, so daß dieselbe zwei Bahnen eingreift und diese gleichzeitig fortschiebt. Zu dieser Stahlwirbel gehört ein Stahlhäuschen, in welchem Zahnradchen angebracht, dessen nach oben verlängerter Arm mit einem Loch zur Befestigung der Saite versehen ist. Man den Wirbel, dessen hinteres Ende mit Nuthern versehen ist, in der üblichen Weise dreht, windet sich die Saite den Zapfen herum. Mittels dieses Mechanismus kann die geringste Schwabung der Saite schnell und sicher mit größter Leichtigkeit reguliren.

N. Fünfzigjähriges Droschkenkutscher-Jubiläum. Der seltensten Jubiläum feiert heute, am 18. Februar, der Gartenstraße 15 wohnende Droschkenkutscher Johann Blum, derselbe, der im Jahre 1805 geboren, hat sich seinem 50. Jahre dem Beruf als Droschkenkutscher gewidmet und bis auf den heutigen Tag fortgesetzt. Blum, ein seinem Dienstherrn und bei seinen Kollegen ebenso geachteter Jubilar, der kinderlos, erfreut sich ebenso, wie seine Kollegen der vollsten geistigen und körperlichen Rüstigkeit. Seitens Vereins Berliner Droschkenkutscher, wie seitens der Kollegen Bl. sollten dem Jubilar morgen große Ueberschreitungen zu werden.

g. Das in Aussicht gestellte zweite große Billardturnier zwischen dem Billardkünstler A. Benraud-Rudolphe aus Paris und dem Billardvirtuosen Franz Escher aus Berlin findet am 23., 24., 25. und 26. d. M. in dem Vereinslocale der Glatzischen Vertheilung, Kommandantenstraße 77/79 statt. Die Partie zählt 3000 Points und muß am ersten Abend 800 Points, am zweiten Abend 700 Points, am dritten Abend 800 Points und am vierten Abend 700 Points absolvirt werden. Bei dieser Partie erhält der Abendeserfolgt um 7½ Uhr, das Entree ist von 2 R. 1 M. pro Person und Abend ermäßigt.

a. Wegen schwerer Urkundenfälschung sind gestern Kaufmann B. und der Kellerer B. zur Untersuchungshaft gebracht worden. Beide sind stellunglos und haben ziemlich bewegtes Leben hinter sich. Von Berlin begab sich beide Genossen nach Leipzig und lernten da in einer Bäckergesellschaft B. kennen, welcher mit ihnen verkehrte und ihnen erzählte, daß er eine Erbschaft von 37 000 Mark in Rothenburg in Unterfranken demnach zu erben hätte. beiden neuen Freunde überredeten ihn, sich schon jetzt den Rechtsanwalt in Rothenburg, welcher seine Intervention der Erbschaftsache vertrat, eine Abfahrszahlung von 1000 Mark zu lassen. Auf diesen Vorschlag ging der Bekannte ein und schrieb an seinen Anwalt, damit dieser die Zahlung von 1000 M. an ihn veranlasste, unter Beifügung der Aufhebung des Erbes nötigen Vollmacht. Einige Tage danach kam als Antwort ein Telegramm des Rechtsanwalts in Rothenburg, worin dieser anzeigte, daß er ihm die 1000 M. graphisch überweisen würde. Dieses Telegramm kam in Abwesenheit des Bäckergesellen in die Hände seiner Freunde, welche das Telegramm unterschlügen und so dem Rechtsanwalt zurücktelegraphirten, daß er das Geld telegraphisch sondern brieflich, und zwar nach Leipzig postweise schicken möchte. Dieses Telegramm unterzeichneten sie mit dem Namen des Bäckergesellen. Hieraus ließen sie falsche, auf den Namen des Erben lautende Legitimationen fertigen, damit sie auf Grund dieser Legitimationen postlagernden Geldbriefe erheben könnten. An dem folgenden Tage erkundigten sich die beiden Fälscher beim amt nach dem erwarteten Geldbrief, aber die Antwort wurde verzögerte sich. Der Bäckergeselle, welcher weder das Telegramm seines Rechtsanwalts noch eine sonstige Benachrichtigung empfangen hatte, begab sich am jüngsten Sonnabend Postamt in Leipzig und gab da dem Beamten ein Telegramm an seinen Anwalt nach Rothenburg auf, worin er die sendung des Geldes ersuchte. Als der expedirende Beamte den Inhalt des Telegramms las, erinnerte er sich, daß ein Geldbrief für den Bäckergesellen B. aus Rothenburg getrossen war, und dieser mit 1000 M. beschwerte Brief des Bäckergesellen, nachdem er sich legitimirt hatte, aber kurze Zeit nach seiner Entfernung kamen die beiden Fälscher nach dem Postamt, um nach dem erwarteten Geldbrief zu fragen. Als der Postbeamte ihnen sagte, daß der Brief abgeholt worden wäre, entfernten sich eilig die beiden Fälscher und reisten, ohne nochmals nach der Zurückführung, sofort nach Berlin, um sich der Verurteilung wegen ihrer Fälschungen zu entziehen. Auf die Anzeige des Bäckergesellen, welcher aus dem Briefe seines Anwalts aus den Mittheilungen des Postbeamten ersah, daß seine neuen Freunde ihn um die 1000 M. haben bringen würden die beiden Fälscher gestern hieselbst festgenommen zur Untersuchungshaft gebracht.

ein Dornengebüsch gefallen, welches sich etwas links von der dritten Ausfallthür befindet; ich habe sie noch glimmen sehen.

Es war eine Thatsache, die nicht hinweggeleugnet werden kann. Und wenn Sie mir nicht glauben — ich habe Zeugen, der Alles bestätigen kann. . . Als ich gerade Herrn Habicht's Hund in den Schuppen vor dem dort festband. Er muß Alles mit angesehen haben. Ich habe nicht geträumt, Herr Doktor.“

Sie blühte darauf den Arzt einige Sekunden schweigend an, als erwartete sie von ihm die Versicherung, daß Alles, was sie sagte, für wahr hielt. Da aber Schweigen sie aufzufordern schien, weiter zu sprechen, fuhr sie fort:

„Sie können sich wohl denken, Herr Doktor, daß dieser Zeit an mich aller Schlaf flog, und ich während ganzen noch übrigen Nacht vollkommen wach blieb. Ich lag mir vor, wie eine Schildwache, und blühte mich fort im Zimmer um; es war mir, als müßte sich in meinem Stuhl oder in irgend einem Winkel des Zimmers etwas rühren. Ich war nicht suchtsam, aber — Sie den es begreifen — unruhig aufgereggt. Bei Tagesanbruch als Miß Gabriele kam, ging ich fort. Als ich durch den Korridor ging, bemerkte ich, daß die erste Fackel in Ringe rechts fehlte.“

„Sie glauben, daß der Graf die Kraft gehabt sein Zimmer zu verlassen, auf den Korridor hinauszu gehen und von dort eine Fackel zu holen?“

„Es kann nicht anders sein! . . . Darauf hinabgestiegen und habe unten, wo ich die brennende Fackel liegen sah, gesucht und richtig — dicht bei dem Gang, welcher nach der kleinen Ausfallthür führt, fand ich den Rest noch in dem Strauch liegen. Sie da ist sie.“

Mit diesen Worten zog die Frau zur größtmöglichen glaubigung ihrer Worte den Stumpf einer Fackel ihrer Schürze hervor, und legte denselben auf den Tisch. Fritz konnte dagegen unmöglich etwas einwenden.

ohne sich zu rühren, und schlief so sanft und ruhig wie ein Kind, gerade so wie Sie ihn sahen, als Sie ihn verlassen, und ich dachte noch bei mir: „Diesmal hat sich der Herr Doktor getäuscht, denn so ruhig hat der Graf lange nicht geschlafen.“ — Es mochte eben gegen elf gewesen sein, da fühlte ich mich sehr müde. Wenn man alt ist, Herr Doktor, wissen Sie, so mag man sich noch so sehr dagegen bemühen man unterliegt doch der Müdigkeit und nicht ein, ohne es zu wissen.“

„Das ist mir begreiflich; fahren Sie fort.“

„Uebrigens hatte ich nach meiner Ansicht dadurch nichts versehen; es war ja Alles gut, und ich beruhigte mich mit dem Gedanken, er wird schon bis zum Morgen schlafen. Um Mitternacht hörte der Wind auf, der bis dahin an die Fensterscheiben gellappert hatte. Ich erwachte darüber, daß das Geräusch aufhörte, und stand auf, um zu sehen, wie es wohl draußen ausläge. Die Nacht war pechschwarz, keine Hand vor den Augen zu sehen. Ich lehnte auf meinen Platz zurück, betrachtete noch einmal unsern Kranken, bemerkte, daß er seine Lage nicht im geringsten verändert hatte. Ich fing wieder an zu striden; aber nach einigen Augenblicken fielen mir die Augen zu; ich schlief wieder ein. „Rein Schlaf war fest und gut; mein Beinhstuhl weich und bequem, wie ein Daunenbett; im Zimmer war es warm — Alles trug dazu bei, meinen Schlaf zu befördern.“

Sie hielt wieder inne.

„Und der Graf? . . . Fahren Sie fort, Madame Dupré!“

„Beurtheile Sie mich nicht so streng, mein Herr,“ sagte sie, den hastigen Ton, in welchem Fritz gesprochen hatte, mißdeutend. „Bedenken Sie, daß ich alt bin, und daß Alles dazu angethan war, mich zum Schlafen einzuladen. So mochte ich wohl eine Stunde geschlafen haben, als ein schneidender Luftzug mich weckte. Ich sprang auf, öffnete die Augen. . . und was erblickte ich? . . . Das große Mittelfenster offen, die Vorhänge zurückgeschlagen, und den Grafen am offenen Fenster stehend.“

„Den Grafen.“

„Ja, Herr Doktor!“

„Eine . . . gegenwärtig . . . einen L . . . eine Zahlung . . . auf sein . . . Profurist . . . Wahrung des . . . schäft . . . möglich . . . schäft seine . . . Tochter . . . schelten nach . . . sie weiter . . . schäft, als . . . Besondere . . . dem Einver . . . bes Besondere . . . die Rube . . . nachahmen . . . 1000 M. la . . . schuldigen . . . den fünf . . . die auf . . . schelten vor . . . Durc . . . Konfession . . . werden de . . . schied . . . auschlic . . . schwinden . . . Grunde, . . . man . . . wenn si . . . der Kurst . . . betrü . . . bezog ein . . . er it . . . schäfte Bob . . . 25 000 . . . kommen soll . . . aufpassen . . . begehrt . . . summe von . . . Summe erbe . . . schuldigsten . . . des Beschäft . . . und erfolg . . . Wahrung d . . . was nun sa . . . und L . . . was alles . . . und e . . . wamen Sch . . . dem Tage . . . fante bishe . . . und b . . . wir hören, . . . länger e . . . genommen i . . . Auch i . . . martini ist . . . wie zu ha . . . wern . . . stritte . . . wagen, d . . . wade et . . . können sie . . . die Ge . . . diesem . . . me Müde . . . greifenlose . . . stehen vo . . . schäft ge . . . wollen. D . . . Angefchuld . . . galtungen . . . Vor: . . . die Eb . . . wie denn? . . . wie'n lofset . . . ober 'mal . . . schütteln . . . nieder. . . Wie . . . schwach, i . . . ein schwer . . . bedrute . . . Seine Be . . . Geze. . . „Hal . . . Hese, die . . . sieht, nie . . . Er r . . . daß Jean . . . zu verlass . . . „Wo . . . haben sich . . . Kenntniß . . . von diese . . . „Ni . . . nur dem . . . „Th . . . händige . . . Fritz . . . sie fortge . . . den Nat . . . Als . . . erblickte . . . Hund li . . . und eine . . . Zeit nid . . . „Ei . . . als er i . . . gehen.“ . . . begleiten . . . hinaufzu

**Eine Untersuchung wegen Wechselfälschung** schreibt gegenwärtig bei der ersten Strafkammer des Landgerichts I einen hiesigen Fabrikanten und seine bereits großgezogene Tochter. Der Fabrikant hatte vor mehreren Jahren seine Zahlungen eingestellt und sein Fabrikgeschäft ging fortwährend auf seine Tochter über, in deren Geschäft der Vater nun als Prokurist eintrat, durch welche Transaktion die Weiterführung des einmal sehr umfangreichen und renommierten Geschäftes, unbehelligt von den Gläubigern des Fabrikanten, ermöglicht wurde. Da aber während der letzten Jahre das Geschäft keinen erheblichen Gewinn brachte, so gerieten Vater und Tochter in Noth, und um entstehenden Zahlungsverbindlichkeiten nachzukommen, fälschten sie gemeinschaftlich 5 Wechsel, die sie weiter girkten. Der Vater schrieb den Kontext der Wechsel, als deren Aussteller die Firma seiner Tochter und des Bezogenen ein Geschäftsfreund bezeichnet wurde. Mit diesem Einverständnis schrieb sodann seine Tochter den Namen des Bezogenen als Akzeptanten auf den Wechsel, wobei sie sich die Mühe gab, die Schriftzüge des bezogenen Geschäftsfreundes nachzuahmen. Die Angeklagten haben dann die über ca. 1000 M. lautenden Wechsel weiter gegeben und den Erlös für sich verwendet. Vier dieser Wechsel wurden von den beiden Angeklagten später wieder eingelöst, während sie den Betrag den fünften noch künftigen Wechsel hinterlegt haben. Dieser Umstand konnte aber nicht die Erhebung der Anklage, welche auf qualifizierte Urkundenfälschung und Betrug lautet, hindern. Die Hauptverhandlung wird Anfang nächsten Monats vor der 1. Strafkammer stattfinden.

**Durchgebrannt.** Großes Aufsehen dürfte besonders in den Konfektionskreisen die Nachricht von dem plötzlichen Verschwinden des Buchhalters und Kassiers L. eines der besten hiesigen Konfektionsgeschäfte hervorgerufen, welches ausschließlich den Export nach Amerika betreibt. Dem Verschwinden L.'s liegt eine große Anzahl von Unterschlagungen zu Grunde, welche er in seiner Vertrauensstellung während einer Reihe von Jahren unentdeckt begehen konnte. Auch jetzt wurde man schwerlich auf die Veruntreuungen L.'s gekommen sein, wenn sich nicht die beiden Geschäftsinhaber (B. u. C. in der Kurstraße) getrennt hätten und bei dieser Gelegenheit das ganze betrügerische Treiben des L. aufgedeckt worden wäre. L. bezog ein Jahresgehalt von 5000 M., doch soll sein Hausgehalt — er ist verheiratet und hatte eine komfortable eingerichtete Wohnung im Thiergarten inne — einen Aufwand von 20-25 000 M. beansprucht haben. Seinen näheren Bekannten soll schon seit längerem der von L. entfaltete Luxus aufgefallen sein. Die Höhe der durch falsche Buchungen u. dergleichen veranlasseten Unterschlagungen soll die Gesamtsumme von 150 000 M. bei Weitem übersteigen. Aus dieser Summe erhielt auch beiläufig, wie groß der Geschäftsbetrieb des hiesigen Konfektionsgeschäftes gewesen. Als die Veruntreuungen von den Geschäftsinhabern entdeckt wurden — was am späten Abend erfolgte — begab sich die Ehefrau sofort nach der Wohnung des L., der sich bereits zur Ruhe begeben hatte. Sie nun sagten sie ihm die Unterschlagungen auf den Kopf und L. warnte auch nicht, die That zu leugnen. Sie nahmen alles Wertvolle, wie Pretiosen u., einstweilen in Besitz und entfernten sich darauf, um am anderen Tage die nötigen Schritte in der Angelegenheit zu bewirken. Am anderen Tage aber war L. verschwunden; wohin er sich begeben habe bisher nicht ermittelt werden. Zu bedauern ist die aus der Ehe und drei Kindern bestehende Familie des L., welche nun dem Mitleide ihrer Verwandten anheimgegeben ist. Wie man hören, sollen die geschädigten Ehefrau bis jetzt von der Strafrechtlichen Verfolgung des L. Abstand genommen haben.

**Gerichts-Zeitung.**

**Auch ein Geiraths-kandidat.** Der Tischler Adolf Fritz Martini ist eine stattliche Erscheinung, die nicht nur Hobel und Säge zu hantieren, sondern auch ganz dezentlichen Dingen im Leben zu herrschen versteht. Was Wunder, wenn sich dem zuverlässigsten Manne nach kurzer Bekanntschaft ein hübsches Mädchen, die unverheiratete Friederike Runge, auf Gnade und Ungnade ergab, zumal fortgesetzte Andeutungen des Anbeters erkennen ließen, daß derselbe mit vollen Segeln in den Hafen der Ehe einzulaufen beabsichtige. Die Ausgewählte quittirte aus diesem Grunde am 1. Oktober v. J. ihren Dienst; das Mädchen mußte jedoch bald inne werden, daß Opfer eines gewissenlosen Menschen geworden zu sein. Der Letztere wurde wiederum vor den Straftrichter geladen, und Martini war unerschrocken genug, seine Handlungswaise noch rechtfertigen zu wollen. Die Verhandlung begann mit der Vernehmung des Angeklagten, der mit großer Entrüstung die erhabenen Beschuldigungen in Abrede stellte.

Vor.: Sie werden doch nicht bestreiten wollen, der Zeugin die Ehe versprochen zu haben? — Angell.: Ja, wo wer ich denn? Die Person der ich natürlich die Zeit nicht lang weilen lassen, indem ich mich zu de Worten jehöre. Wenn aber 'mal mit meine Frau wat paffieren sollte, wat doch

schüttelnd sah er schweigend da und blickte vor sich nieder. Wie konnte dieser Mann, den er den Abend vorher so schwach, so von allen Kräften erschöpft, gesehen hatte, in den Korridor hinaus gehen, in sein Zimmer zurückkehren, ein schweres Fenster öffnen und wieder schließen? Was bedeutete das Signal mit der Fackel mitten in der Nacht? Seine Gedanken richteten sich unwillkürlich auf die schwarze Geze.

"Habsicht hat recht," dachte Fritz, "es ist die schwarze Geze, die mit der Krankheit des Grafen im Zusammenhang steht, nicht aber die Katastrophe in Davistown." Er riß sich endlich aus seinen Sinnen empor und sah, daß Jeane Dupré aufgestanden war und sich anschickte, ihn zu verlassen. "Madame," sagte er zu ihr, sie zurückhaltend, "Sie haben sehr wohl gethan, mich von dieser Begebenheit in Kenntniß zu setzen. . . . Haben Sie mit keinem Andern von diesem Vorfalle gesprochen?" "Mit Keinem, Herr Doktor! Dergleichen darf man nur dem Priester und dem Arzte sagen." "Ah, vortreflich, da höre ich, daß Sie eine sehr verständige Frau sind." Fritz begleitete Madame Dupré hinaus, und nachdem sie fortgegangen war, setzte er seine Belamähe auf, hing den Mantel um und ging in den Schloßhof hinab.

**Sechstes Kapitel.**

Als Fritz eben durch das Schloßthor den Hof betrat, erblickte er Habsicht, welcher mitten im Hofe stand, seinen Hund liebkosend, der ihm bis an den Hals emporsprang und eine Freude äußerte, als ob er seinen Herrn seit langer Zeit nicht gesehen habe. "Ei so früh schon auf dem Spaziergange?" rief er, als er Fritz erblickte. "Ich will ein wenig im Schloßhofe umhergehen," antwortete der Doktor. "Wilst Du mich begleiten?" "Sehr gern, Fritz. Ich war eben im Begriff zu Dir hinaufzukommen. . . . Ruhig, Major, laß es gut sein."

der Fall sind könnte, det id denn man an dei Mädchen zuerschindelne.

Vor.: Zu frivolen Scherzen ist die Sache durchaus nicht angethan. Sie würden überhaupt gut thun, alles zu vermeiden, was Ihren Charakter in ein noch ungünstigeres Licht stellen könnte. Es ist eine Nichtswürdigkeit, wenn ein verheirateter Mann einem unerfahrenen Mädchen die Ehe verspricht und dann den auf diese Weise erlangten Einfluß zur Ausbeutung der Geliebten benutzt. — Angell.: Charakter ist nu jerade mein Fall, Herr Gerichtshof; den Artikel habe id de schwere Menge us Lager. Aber denn ulle id ooch wieder jerne 'n blickten bei de Mädchen, wat doch bei Grafen und Baroness ooch schon unterschiedliche Male vorjelommen sind soll; und wat bei de jule Gesellschaft erlooht id, det were id woll ooch derjen.

Vor.: Wenn Sie weiter nichts als einen Scherz im Auge gehabt hätten. So würden Sie dies allein mit Ihrem Gewissen abzumachen haben. Alle Umstände sprechen aber dafür, daß Sie den erwiderten Jurium noch weiter genährt haben, um sich hierdurch Vermögensvortheile zu verschaffen. — Angellagter: Sowat id von meine Seite nich verzappt, Herr Gerichtshof, un wenn id sone Person aus Spaf 'n blickten wat vorquatsche, denn braucht se det doch nich gleich aus Ernst zu sloben. Wer aber so dumm id, der derf sich hinterher nich verwundern, wenn er in 'n Wartschleffel zu liegen kommt.

Vor.: Eine derartige Logik ist sicher nicht unbedenklich, daß aber außerdem im vorliegenden Falle in keiner Weise. Sie sind bei den Ihnen zum Vorwurf gemachten Schwindelacten mit einer Unerschrockenheit zu Werke gegangen, welche vollständig geeignet erscheint, auch vorsichtige Menschen zu täuschen. Zunächst schwangte Sie dem Mädchen 30 M. unter dem Vorgeben ab, Sie wollten für das Geld Breiter zu einigen Möbeln für den künftigen Hausstand kaufen. — Angell.: Keene Ahnung, Herr Gerichtshof.

Vor.: Sie können doch nicht in Abrede stellen, diesen Umstand bereits bei Ihrer polizeilichen Vernehmung zugegeben zu haben. — Angell.: Det stimmt ooch noch, Herr Gerichtshof; aber der Mann, wat der Bachmeister von 'i Revier id, der machte schon mehr 'ne Jevallfalle, indem er sagte, er müßte mir von wejen Verdunkelung instechen, wenn id nich injeischen dühte.

Vor.: Der Beamte hat Sie sicher nur zur Wahrheit ermahnt. Uebrigens wurden Sie ja damals auch in Haft genommen und erst 14 Tage später wieder auf freien Fuß gesetzt. — Angell.: Da haben Se wieder sehr richtig, Herr Gerichtshof; injeischen bin id derentwegen doch jeworden, aber nich von n wejen Verdunkelung, man blos von wejen falsche Vorjeielung.

Vor.: Für derartige schamlose Unterschiede fehlt uns jedes Verständnis. Uebrigens will ich Sie darauf aufmerksam machen, daß sich die Aussage der Zeugin Runge genau mit Ihren vor der Polizei zu Protokoll gegebenen Erklärungen deckt. Sie sollten diesen Umstand nicht unbeachtet lassen. — Angell.: Wat die Person redt, Herr Gerichtshof, det id allens man blos als Mumpitz zu skimmieren; det Mädchen hat 'ne Pfikanterie us mir, wo id ihr denn natierlich jantich als Beije annehmen kann.

Vor.: Es läßt sich denken, daß nach dem Vorgefallenen die Zeugin nicht besonders gut auf Sie zu sprechen ist. Hierdurch allein wird deren Glaubwürdigkeit nicht in Frage gestellt. Uebrigens liegt in Anschauung der Hauptpunkte das Zeugniß mehrerer Personen vor, so daß Sie keinen unerschuldigsten Nachhelfer zu besorgen haben. — Angellagter: Son Frauenvolk muß janz oppartig tagiert wer'n, Herr Gerichtshof. In sone Kreatur id einmal keen Bestand drin.

Vor.: Nun gut, Sie bestreiten, die Zeugin zur Vergabe der 30 M. durch falsche Angaben veranlaßt zu haben. Beim nächsten Punkt handelt es sich um 75 M., welche Sie angeblich zur Stellung einer Kaution forderten und auch erhielten. — Angell.: Nu schlag aber eener lang hin! In de janze Welt id et keene Mode, det de Dischers Kondition stellen.

Vor.: Von Tischlern pflegt allerdings keine Sicherheit verlangt zu werden, welche Geflorenheit auch der Runge bekannt sein dürfte. Sie haben aber der Zeugin vorgezweigt, Sie hätten ein vortheilhaftes Engagement als Komptoirbedienter erhalten, und der Antritt dieser einträglichen Stelle sei von der Bestimmung einer Kaution abhängig gemacht worden. — Angell.: Kotwetter noch eens; wo kann dei Mädchen sowat sagen, wo mir doch jantich nich von bewußt id.

Vor.: Endlich wird Ihnen noch zum Vorwurf gemacht, der Zeugin am 29. September v. J. 18 M. und 75 Pf. abgeschwindelt zu haben, angeblich, um mit diesem Gelde die Miethe für eine Wohnung zu bezahlen, welche von Ihnen demnächst gemeinschaftlich bezogen werden sollte. — Angell.: Aber son Uffchnitt! Det trau' id mir schon zu slooben, det se sich nu schon nich ekein müchte, wenn id mit ihr uff Standesamt jehen dühte; aber —

Vor.: Schön, Sie bestreiten auch diesen Punkt. Nun

sagte er, seinen Hund abwehrend, der immer noch zu ihm emporprang.

„Woher rührt diese ausgelassene Freude Deines Liebling's?“ fragte Fritz.

„I nun, das arme Thier hat wieder die ganze Nacht an der Kette liegen müssen; Toby hat ihn wieder festgemacht, trotzdem er weiß, daß ich's durchaus nicht will.“

„Warum verbietest Du denn Toby nicht, Deinen Hund anzubinden?“

„Ja, darf man ihm denn etwas verbieten? . . . Du mußt wissen, Fritz, so sehr der Zwerg an seinem Herrn hängt, eben so ist er auch ein Liebling des Grafen, und wer dem Zwerg zu nahe käme, der würde den Grafen mit beleidigen. Man muß ihm eben seinen Willen lassen.“

„Die Anhänglichkeit des Zwerges an den Grafen ist in der That rührend,“ sagte Fritz. „Als ich ihn gestern in der Bibliothek auf der Leiter sitzen sah, bemerkte ich, daß er elend und abgemagert aussieht. Er scheint sich die Krankheit seines Herrn so sehr zu Herzen zu nehmen, daß er darüber Speise und Trank vergißt.“

„Glaube das nicht, Fritz; er ist für zwei, und namentlich auch jetzt, wo Du glaubst, er vergäße Speise und Trank. Die Haushälterin sprach noch gestern ihre Verwunderung darüber aus, welche Portionen er sich in sein Häuschen schaffte; eine ganze Rehteuale verschwindet an einem einzigen Tage.“

„Eigenthümlich; sein Aussehen ist das eines Menschen, welcher mangelhafte Nahrung zu sich nimmt.“

Sie waren bei ihrem Spaziergange über den Hof hinweggeschritten nach der Seite, wo ein von Gesträuchen eingefasster Pfad zu einer der Ausfallporten führte. Fritz hatte absichtlich diesen Weg eingeschlagen. Als sie jetzt den schmalen Weg entlang gingen, blickte er rechts und links und schien jeden der Sträucher aufmerksam zu betrachten.

Seinem Pathen fiel das auf.

„Wonach siehst Du, Fritz?“ fragte er. (Fortsetzung folgt.)

sagen Sie aber, was sollte das Mädchen wohl veranlaßt haben, Ihnen so erhebliche Summen zu geben? — Angell.: Vor die paar Mark kann det nu schon nich mehr schlafen; da were id aber woll noch immerzu un alle Tage vor jut find.

Die Beweisaufnahme bild durchweg zu Ungunsten des Angeklagten aus, der daher des wiederholten Betruges für überführt erachtet und in Rücksicht auf eine wegen Unterschlagung erlittene Vorstrafe zu 6 Monaten Gefängniß sowie einem Jahre Ehrverlust verurtheilt wurde. (Ber.-Blg.)

**Die bereits abifirte Majestätsbeleidigungs-Anklage** gegen den Schriftsteller Dr. Max Nathanson (Norton) gelangte gestern vor der vierten Strafkammer hiesigen Landgerichts I zur Verhandlung. In einer am 25. Oktober v. J. im Dortheenstädtischen Kasino stattgehabten konfessionellen Wählerversammlung, in welcher der konservative Reichstagskandidat Professor Ad. Wagner den Vortrag hielt, machte der Kellner Jurisch einem Vorstandsmitglied die Mitteilung, daß der der deutsch-freimännigen Partei angehörende Schriftsteller Dr. Nathanson Anfangs 1882 im literarischen Klub eine den Kaiser beleidigende Aeußerung geäußert habe. Auf Veranlassung des betr. Vorstandsmitgliedes brachte Jurisch die u. Aeußerungen zu Papier, welches alsdann der Staatsanwalt zur weiteren Veranlassung eingereicht wurde. Darnach soll der Angeklagte im Gespräch mit den Schriftstellern Jabel und Moczkowski geäußert haben: „Es ist doch ein Skandal, wie man hier (im Klublok.) die Büsten des Kaisers und Kronprinzen andrängen kann.“ Auf eine Entgegnung Jabels: „Wie meinen Sie das?“ erklärte Nathanson: „Man könnte die Büsten doch im Spielzimmer aufstellen.“ worauf Jabel antwortete: „Da passen Sie doch erst recht nicht hin!“ Nunmehr drehte Nathanson die Büste des Kaisers gegen die Wand und bemerkte: „So, jetzt denke ich, es ist Schiller; nun kann man doch wenigstens mit Appetit essen.“ Hierauf erklärte Jabel: „Vassen Sie das, Herr Nathanson, ich bin Patriot.“ — Bei seiner Vernehmung vor dem Kriminalkommissar Schulz gab Jurisch als Ursache die Mitteilung dieser Aeußerungen in jener Versammlung an, daß er, da Nathanson eine Woche vorher in einer freimänniger Volksversammlung seine Verachtung unter Kaiser's betont habe, darüber ärgerlich gewesen sei. — Der Angeklagte stellte entschieden in Abrede, die inkriminirten Aeußerungen geäußert zu haben. Wenn er über dieses Thema etwas geäußert habe, so sei es höchstens ein Ausdruck seiner Unzufriedenheit darüber, daß in einem literarischen Klub als einziger Schmutz die Büsten des Kaisers und Kronprinzen angebracht seien, während jeder Hinweis auf den Jwed des Klubs fehle. — Es wurde hierauf in die Beweisaufnahme eingetreten und als erster Zeuge der Schriftsteller Jabel vernommen. Derselbe bekundete etwa: Der Angeklagte, er und einige andere Kollegen hätten den literarischen Klub gegründet, um eine Repräsentanz der literarischen Elemente nach Außen hin zu schaffen. Der Klub sei aber in andere Bahnen gelenkt worden, weshalb der Angeklagte gegen den Vorstand, der zu seiner Zeit hauptsächlich durch den Generalkonsul Vanbau vertreten wurde, ständig polemisierte. Auch an dem bewußten Abend sei der Angeklagte auf sein Stiegenpferd gekommen und habe die Reinigung mit einem Borstenkamm verglichen. Er äußerte etwa: „Wie sieht es überhaupt hier aus? Hier ist nichts, was an einen literarischen Klub erinnert.“ Darauf habe er die Büste des Kaisers umgedreht und geäußert: „Nun kann ich denken, es sei Göthe oder Schiller. Später habe er den Angeklagten im Nebenzimmer auf das Beschlagnahme aufmerksam gemacht, an der Büste des Kaisers zu demonstrieren. Häute der Angeklagte Aeußerungen geäußert, die als Beleidigungen des Kaisers aufgefaßt werden konnten, so wäre er als wüthlicher Patriot, der dies nicht bloß in Worten zum Ausdruck bringt, nicht am Tisch sitzen geblieben. Des Ausdrucks „Skandal“ erinnere er sich nicht; keinesfalls habe ihn der Angeklagte mit Bezug auf die Büste des Kaisers gebraucht. — Schriftsteller Moczkowski bestätigte im Wesentlichen die Verwendungen des Jabel und deponirte: „Ich weiß bestimmt, daß der Angeklagte die Worte „Nun kann ich ja wenigstens mit Appetit essen“ nicht geäußert hat! Er sei mit dem Angeklagten seit längerer Zeit befreundet und habe derselbe ihm gegenüber stets seine monarchische Gesinnung überzeugend vorfunden. Auch sein Vortrag im Anfang Oktober im Dortheenstädtischen Kasino über Republik und Monarchie beweise, daß er die Monarchie energisch verteidige.“ — Kellner Karl Jurisch bleibt im Wesentlichen bei den Angaben in der Denunziation stehen. Er fügt aber hinzu, daß der Angeklagte auch gesagt: Hier in das Klublokal gehören Schiller und Göthe her. Nur behauptet er anfangs, daß nicht der Zeuge Moczkowski, sondern dessen Bruder bei der inkriminirten Unterhaltung zugegen gewesen sei. Als Grund der Ansehung gab der Zeuge heute im Gegensatz zu seiner vor dem Kriminalkommissar gemachten Deposition an, daß Nathanson einen Vortrag gegen Kaiser und Reich gehalten und daß er deshalb auf denselben ärgerlich war. Zu denunziren sei ihm nicht in den Sinn gekommen. Schließlich wurden noch der Klubdiener Pagel und der Restaurateur Sänegge, denen Jurisch unmittelbar nach dem Anklageerfall von den Aeußerungen eines Gastes im literarischen Klub Mitteilung gemacht hatte, über

**Berliner Theater.**

□ Im Deutschen Theater, in dem sonst zumeist die tragische Muse zu herrschen pflegt, hat jetzt das neue Lustspiel von L'Arronge: „Der Weg zum Herzen“ schnell den Weg zum Herzen des Publikums gefunden und seit Wochen regelmäßig volle Häuser erzielt. Der Weg zum Herzen, den und L'Arronge jetzt, ist ein origineller, er führt und durch die Inquisitionspraktiken eines angehenden Staatsanwalts zu einem hübsch geschürzten Herzensbunde. Die Tochter des Fabrikanten Kern (Fräulein S o r m a) bekennt sich zur Theorie, daß Liebe Gegenliebe hervorruft, findet aber dabei beim Affessor von Säoll (Herr K a d e l b u r g) entscheidenden Widerpruch, so lange aber nur, bis die wiederholten Debatten zwischen den Beiden thatsächlich zu dem Beweise der Wahrheit dieses Prinzips geführt haben. Unser angehender Staatsanwalt verliebt sich nämlich trotz seiner Zweifel über beide Öhren in seinen hübschen Widertpart, zumal er sich durch einen adölonderischen Zwischenfall von dem intensiven Interesse desselben an seinem weichen Ich hat überzeugen müssen. Die Geschichte von der entwundenen Brieftasche — entwendet nur aus eifersüchtiger Regung für ihn — und die zahlreichen Bewildigungen die sich daran knüpfen, insbesondere aber das staatsanwaltliche Vorgehen des Affessors gegen die schuldige Geliebte, bilden die interessantesten Momente in der Entwicklung des Stückes. Im Vergleich hierzu treten die beiden anderen Liebespaare, sowie die Auseinandersetzungen des Ehemanns Kern mit seiner „hochgeborenen“ Ehefrau an Interesse zurück. Eine sehr gelungene Belebung der Handlung giebt aber die Figur des exzentrischen Kommerzienraths Kern, durch Herrn Engels ganz ausgezeichnet dargestellt und allseitig mit wärmstem Beifall dafür belohnt. Mehrere wirkliche Szenen, sowie sämtliche Aktstücke beweisen, daß das Publikum auch sonst vom Stück wie von der Darstellung wohl befriedigt wird.

**Velle-Alliance-Theater.** Der Schönthas'sche Schwanz „Der Klub der Sabinerinnen“ übte bisher noch eine so außerordentliche Zugkraft aus, daß die Direktion sich entschlossen hat, denselben bis Ende dieser Woche ununterbrochen auf dem Repertoir zu belassen.

Die Sommeroper des Louisenstädtischen Theaters wird, wie verlautet, von Herrn R. Schöned, dem bisherigen Direktor und Kapellmeisters des Eibinger Stadttheaters, geleitet werden.

Ihre Wissenschaft vernommen. Ihre Aussagen sind aber bedeutungslos, weil Jurisch ihnen gegenüber nur Bruchstücke der geplogenen Unterhaltung mitgeteilt hat. Staatsanwalt Sandmeier erachtet schon das Herumdrehen der Rüste des Kaisers als eine Majestätsbeleidigung und beantragte für diese eine monatliche Gefängnisstrafe. Demgegenüber plädierte Rechtsanwalt Michaelis mit großer Wärme für die Freisprechung seines Mandanten, dem sicherlich sowohl die Absicht als auch nur das Bewußtsein, daß durch das Herumdrehen der Rüste der Kaiser beleidigt werden könnte, gefehlt habe. Der Gerichtshof erklärte auf Freisprechung des Angeklagten, indem er davon ausging, daß der Zeuge Jurisch nicht die Fähigkeit der richtigen Auffassung besitze, während die Zeugen Jabel und Modowski sich des Vorfalls in allen seinen Einzelheiten genau erinnern. Nun könnte ja in dem Herumdrehen der Rüste eine Beleidigung des Kaisers gefunden werden, der Gerichtshof sei aber überzeugt, daß der Angeklagte damit nur gegen den Vorstand demonstrieren wollte und daß er weder die Absicht hatte, den Kaiser zu beleidigen, noch daß ihm ein dahingehendes Bewußtsein innegewohnt habe.

## Soziales und Arbeiterbewegung.

Die Berliner Kellnerinnen führen bei ad ihrer äußeren Eleganz ein überaus elendes Leben, das gewöhnlich in völliger Verkommenheit endet. Zunächst ist zu erwähnen, daß sie nur pro Tag oder eigentlich nur pro Minute angestellt sind, d. h. der Inhaber des Geschäftes kann sie ohne jede vorausgehende Kündigung zu jeder Minute entlassen. Dafür hat aber auch die Kellnerin die freie Wahl, ob sie morgen in ihren Dienst zurückkehren will oder nicht. Die Lohnverhältnisse sind geradezu menschenunwürdig; die Kellnerinnen a la minute haben weder auf Kost, noch auf Lohn, noch auf freie Wohnung Anspruch; die Trinkgelder sind ihr einziges Einkommen, aber wenn sie noch so wenig mit Liebesswürdigkeiten gesellen, die Trinkgelder reichen zum Leben nicht aus. So muß das arme Geschöpf nach Schluß des Restaurants mit Damenbedienung noch auf die Straße und in das Café, um Herren anzulocken. Entwürdigung so lange sie im Dienst ist, noch viel schmerzlichere Entwürdigung nach dem Dienst — das ist das Loos dieser Armen. — Dabei werden dieselben noch von schwarzen Agenten ganz gewissenlos ausgebeutet. Da die Arbeitslosigkeit jeden Tag eintreten, da die Kellnerin bei ihrer Mittellosigkeit sich nicht lange nach einer neuen Stelle umsehen kann, so fällt sie gewöhnlich einem Agenten in die Klauen. Derselbe ist für sie ganz unentbehrlich und weiß das auch auszunutzen. Nicht nur, daß er für seine Stellenvermittlung mindestens sechs Mark Honorar verlangt, er kommt denn auch noch wöchentlich in das betreffende Lokal, um auf Kosten der Kellnerin zu speisen und zu trinken, er bezahlt keinen Pfennig dafür, und einer dieser Agenten soll sein Handwerk so schandmäßig betreiben, daß er neulich einen Bussichter zur Rede stellte, „warum denn die Kellnerin, die er empfahl, nun schon über 14 Tage da sei.“ Natürlich, wäc die Kellnerin unterdes auf die Straße gesetzt worden, so hätte der brave Agent wieder seine sechs Mark gehabt. Modernes Slavenleben!

Wie groß die Noth unter der Weberbevölkerung am Niederrhein ist, beweist der „Ersfelder Bzg.“ zufolge eine Mitteilung, welche der Bürgermeister Baumann in der letzten Stadtratssitzung machte. Auf Grund eines hier verbreiteten Gerüchtes, daß manche Kinder oft hungertig zur Schule gehen müßten, weil die Eltern kein Stück Brot im Hause hätten, waren vom Herrn Bürgermeister in sämtlichen Schulen hienach Ermittlungen angeestellt worden und es hatte sich dabei herausgestellt, daß allerdings in 8 von den vorhandenen 14 Schulen 29 Kinder waren, die an dem betreffenden Morgen, ohne das geringste genossen zu haben, zur Schule gekommen waren! Unter den betreffenden Familien waren, wie weiter mitgeteilt wurde, 22, die bisher gar keine Unterstützung aus öffentlichen Mitteln beansprucht hatten, und 3, die nur zeitweise unterstützt worden waren. Die Wohlthätigkeitskommission hatte auf Veranlassung des Herrn Bürgermeisters in Folge dessen den Antrag gestellt, daß der Armenverwaltung eine Summe von vorläufig 4000 Mark überwiesen werde, um solchen bedrängten Familien Lebensmittel zu verschaffen. Das Stadtverordneten-Kollegium schloß sich diesem Antrage an und bestimmte weiterhin, daß auch mit Begehren den Arbeitern Gelegenheit zum Verdienst verschafft werden soll. Alles das ist aber, wie einer der Stadträte bemerkte, nur ein Tropfen auf einen heißen Stein, denn die Arbeitslosigkeit dauert fort, eine Aussicht auf Besserung ist nicht vorhanden und die vielen Hausweber — in Biersen allein ca. 3000 — werden sich nach anderen Beschäftigungen umsehen müssen. — Selbst wenn das Geschäft im Allgemeinen sich wieder heben sollte, so dürfte doch die Hausindustrie gegenüber der großen Zahl mechanischer Webereien in Zukunft nur noch ein kümmerliches Dasein fristen können. — Die Großindustrie erdrückt die Kleingewerbe. Aber auch die Arbeiter in der Großindustrie haben nichts von all den Verbesserungen, die sie anwenden; sie bekommen nichts von der unglaublich gesteigerten Produktion, die sie mit Hilfe der Maschinen erzielen. Letztere konnten durch ihren Bestand allen Arbeitern ein reichliches Einkommen ermöglichen, — und heute ruinieren sie den Handweber, und nützen sie dem Arbeiter nichts, wenn sie ihn nicht auch noch außer Arbeit bringen. Das Elend der niederrheinischen Weber gehört zu jenen traurigen Erscheinungen, welche mit dem Siege der kapitalistischen Großproduktion unzertrennlich verbunden sind. Einer späteren Zeit wird es vorbehalten sein, mit dem Fortschritt und der Verbesserung der Produktion (durch Maschinen und technische Verbesserungen) auch das Einkommen und das Glück der großen Masse zu vermehren. Heute wächst hiedurch nur deren Entbehrung und Elend.

Unsere Getreidehändler geben sich verzweifelte Mühe, noch vor dem Sperrgesetz, also vor derollerhöhung ihre Boaren hereinzubringen. Welche immensen Gewinne durch Glück in der Spekulation zu machen sind, mag man aus der einen Thatsache entnehmen, daß ein deutsches Handelshaus soviel Getreide von Ostindien unterwegs hat, daß es 75,000 R. Zoll zu zahlen hat, wenn die Ladung nach Inkrafttreten des Sperrgesetzes eintrifft, dagegen 75,000 R. Gewinn, wenn alles klappt. Uebrigens beweist diese Thatsache auch, was es mit dem Getreide auf sich hat, daß der Zoll das Getreide im Großhandel nicht vertheuert. — Wie kapitalistisch großartig der Getreidehandel heute organisiert ist, kann man aus folgenden Angaben über die russische und amerikanische Getreidezufuhr nach Frankreich ersehen. Das mächtige Haus Cyprius in Odessa hat seit den fünfziger Jahren fast den ganzen dortigen Getreidehandel an sich gezogen, und deshalb auch seinen Hauptsitz nach Paris verlegt. Seine Agenten kaufen in Odessa das Getreide auf, verladen es in Odessa. Die Schiffe laufen Malta oder einen der unteritalienischen Häfen an, wo ihnen durch den Draht der Hafen bezeichnet wird, nach dem ihre Ladung bestimmt ist. Cyprius ist durch den Telegraph jeden Tag über die Getreidepreise in allen Häfen Frankreichs, Englands u. s. w. unterrichtet. Wo dieselben am höchsten, sendet er seine Schiffe hin. Er verkauft meist nur in ganzen Schiffsladungen, natürlich an Großhändler. Die Zufuhren aus den Vereinigten Staaten sind hauptsächlich in den Händen der Firma Wellesley u. Co. (deutsch) in New-Orleans und fünf oder sechs großen Häfen in New-York. Auch hier geht es ganz ähnlich. Die Schiffe laufen in einem englischen Hafen (Falmouth, Plymouth) an, um dort durch den Draht den Namen des Hafens zu erfahren, in dem sie landen sollen. Agenten oder Assoziierte der bezeichneten Häuser befinden sich in Antwerpen oder London, um täglich die Getreidepreise der

Hafenstädte zusammenzustellen und die entsprechenden Meinungen an die ankommenden Schiffe zu erteilen. Der nationale Markt steht daher in unmittelbarem Wettbewerb zu denjenigen aller übrigen Länder Europas. Wird durch den Zoll die Einfuhr von Getreide in dem einen oder anderen Lande weniger lohnend, so werden sich die gedachten Weltfirmen bemühen, ihre Schiffsladungen nach andern Ländern zu leiten, wo sie mit bestem Gewinn dieselben verlaufen können.

In Amerika wächst der Rothfieber beständig. In den leitenden Industriezentren sind gegenwärtig beschäftigungslos 80 000 Eisenarbeiter, 35 000 Kleidermacher, 20 000 Baumgärtner, 18 000 Schuh- und Stiefelmacher, 13 000 Zigarenmacher, 4700 Glasbläser, 2000 Seidenweber u. s. w. Der größte Prozentsatz der beschäftigungslosen Arbeiter, 40 pCt., befindet sich in Minnesota. Im Staate New-York ist der Prozentatz 18, in Philadelphia 16, in New-Jersey 8, in der Stadt New-York 24, in Philad. 31, in Boston 7½, in Baltimore 3½, und in Detroit 62. Auch sind in vielen Establishments die Arbeitslöhne reduziert worden. — Dabei hört man täglich von neuen Lohnmedifikationen. So berichtet eben die Philadelphia Times aus Pittsburg: Die Firma Carnegie Brothers u. Co., Union-Eisenwerke, hat eine Reduktion von 10—15 pCt. der Löhne ihrer sämtlichen Arbeiter, mit Ausnahme der nach der Amalgamated Association Scala vereinbarten, angeordnet. Der Reduktionsrat trat am 5. Januar in Kraft und wurden ungefähr 300 Mann davon betroffen. Die Isabella-Hochofen-Kompagnie hat ebenfalls eine Reduktion der Löhne um 10 pCt. angeordnet.

Die Tischlerbewegung in Dresden ist überaus lebhaft die Lohnkommission will mit folgenden Forderungen an die Meister herantreten: 1) 10stündige Arbeitszeit mit Ausschluß all und jeder Sonntagsarbeit; Forderung einer Abschlagszahlung bei Akkordarbeiten von mindestens 18 M. pro Woche, bei Lohnarbeiten ist der volle Lohn an jedem Sonnabend auszuzahlen; 3) Eine Aufbesserung der Löhne in den Werkstätten, wo die Löhne für die daselbst gefertigten Arbeiten so niedrig sind, daß die obige Arbeitszeit nicht so viel verdient wird, daß die in Punkt 2 festgesetzte Forderung gewährt werden kann; den prozentualen Aufschlag in den Werkstätten Punkt 3 bestimmen die Kollegen selbst nach Maßgabe der Verhältnisse der Werkstatt und zwar so hoch, daß mindestens bei allen Arbeiten pro Woche 18 M. gewährt werden können. In zweifelhaften Fällen ist die Kommission hinzuzuziehen.

Arbeitermaßregelung in Zeit. Wie wir hören, haben die Inhaber der hier bestehenden Garderobe-Geschäfte dem Fachverein gegenüber insofern Stellung genommen, als sie den Vorständen und Vorkämpfern des Fachvereins der Schneider die Arbeit gekündigt und sich bei 50 Mark Strafe verpflichtet haben, keinen derselben in Arbeit zu nehmen. — Das Kapital ist nicht wählerisch in seiner Kampfweise.

Zuckerkrise in Rußland. Wie man aus Petersburg schreibt, macht die Zuckerindustrie auch in Rußland keine glänzenden Geschäfte. Die Preise, die schon sehr niedrig waren, fallen noch beständig. Es kommt noch hinzu, daß einige größere Zuckerproduzenten und Großhändler ihre Zahlungen eingestellt haben, darunter ein bekanntes Moskauer Haus Teremjew Söhne mit 2 800 000 Rubel Passiva. Die Verstärkung ist allgemein, man bestreitet weitere Forderungen nachhafter Firmen. Im Dezember wurden 4,65 Rubel pro Pud gezahlt, jetzt aber finden sich nicht einmal Abnehmer für 4,40.

Wie man mit dem Leben der Arbeiter umgeht. Aus Westfalen. Am 5. Mai v. J. ereignete sich auf der Zeche Hardenberg bei Dortmund ein schwerer Unglücksfall, bei welchem ein Steiger und drei Bergleute ihren Tod fanden. Der Direktor der Zeche, Lindenberg, hatte eine Vorrichtung erfunden, durch welche das zur Ausgleitung des Gewichtes des Förderseiles übliche Untersetztes entfernt werden sollte. Sie bestand in einer sogenannten Ausgleichskette, welche auf Vorschlag des auf der Zeche angestellten Maschinen-Ingenieurs Boyer durch ein zerlegbares „Patentkettenglied“ und nicht durch Anschweißen mit dem Seile verbunden worden war. Das Kettenglied war ohne vorherige Prüfung verwendet worden, wie Boyer angiebt, weil er des Glaubens gewesen sei, die Berliner Firma, welche es geliefert, habe es einer Probe unterzogen. Lindenberg hat das Glied gar nicht gesehen und sich auch um die Anbringung desselben nicht gekümmert. Beide Herren haben in Gemeinschaft mit dem Betriebsführer Bug am 4. Mai, einem Sonntage, nachdem die Vorrichtung eben angebracht war, Proben veranstaltet und selbst Probefahrten unternommen, und am folgenden Tage ist das Seil zur Beförderung der Belegschaft benutzt worden, ohne daß die vorgeschriebene Abnahme desselben durch den Revierbeamten festgefunden hätte. Schon nach kurzer Zeit brach die neue Ausgleichskette und zwar höchst wahrscheinlich, wenn es auch nicht mit voller Sicherheit zu ermitteln war, durch den Bruch des Patentkettengliedes, das Seil fiel mit furchtbarer Wucht auf den Deckel des Förderkorbes, durchschlagend denselben und tödtete die im Korbe befindlichen Leute. Gestern erschienen nun die drei Beamten auf der Anklagebank des Landgerichts zu Dortmund, Boyer und Lindenberg der fahrlässigen Tödtung, Lindenberg außerdem und Bug der Uebertretung bergpolizeilicher Vorschriften angeklagt. Die Aussagen der Sachverständigen widersprechen sich, wie gewöhnlich bei solchen Anlässen, vielfach. Während einzelne dem Direktor Lindenberg gar keine Schuld beimahen, sagte der Geh. Berg-rath Kunge aus, wenn Lindenberg nicht als Direktor schuldig sein möge, so sei er als Erfinder und Patentinhaber verpflichtet gewesen, sich um die Festigkeit des Patentkettengliedes zu kümmern; dieses eigne sich wohl zur Verbindung von Einschiebungen an Bromnaden, aber nicht für den Zweck, für welchen es verwendet worden. Berg-rath Schollmeyer hat durch Berichtsproben konstatiert, daß die sogenannten Patentglieder schon bei 4500—4800 Kilogramm Belastung rissen, während geschweifte Glieder noch bei einer Belastung von 10 000 Kilogr. nicht nachgeben. Ein Kollege des Herrn Lindenberg meinte, diesen treffe durchaus keine Schuld, da derselbe als Direktor zweier großer Zechen so viel zu thun habe, daß er sich nicht um eine so untergeordnete Arbeit bekümmern könne. Die Staatsanwaltschaft hielt an der Anklage fest und beantragte gegen Boyer drei Monate, gegen Lindenberg einen Monat Gefängnis wegen fahrlässiger Tödtung, das Gericht sprach letzteren aber von dieser Anklage frei und verurteilte nur Boyer zu einer Woche Gefängnis, dann aber wegen Uebertretung der bergpolizeilichen Vorschriften Lindenberg zu 150 und Bug zu 50 Mark Geldbuße. In den Urtheilsgründen sprach der Gerichtshof die Ansicht aus, daß die meisten Unglücksfälle im Bergbau durch Umgehung der bergpolizeilichen Vorschriften eintreten, und daß es deshalb den Direktoren Lindenberg mit dem höchsten zulässigen Strafmaße belegt habe.

## Vereine und Versammlungen.

In der Werkstattdelegirten-Versammlung der Schlosser, welche am Montag, Neue Grünstraße 32, unter dem Vorsitz des Herrn Goebel stattfand, wurde eine neue von der Lohnkommission ausgearbeitete Geschäftsordnung für die Lohnkommission und die Delegirten vorgelegt und nach Ablehnung zweier Amendements unanversändert angenommen. Es wurde dann zum Ertrag für ein Mitglied der Lohnkommission, welches sein Amt niedergelegt hat, Herr Landrock gewählt. In Betreff der noch zu wählenden zwei Beisitzerinnen wurde der nächste Generalversammlung die Wahl des nächsten Abends aus. Nach sehr

langen Debatten kamen die Beschlüsse zu Stande, daß die Generalversammlung am nächsten Montag in einem von der Kommission zu bestimmenden großen Lokale im Norden der im Osten der Stadt stehenden, daß ein Referat über die Frage: „Welche Vorteile bringt uns die Lohnbewegung?“ als Punkt, die Diskussion darüber als zweiter Punkt auf die Tagesordnung setzen, und daß das Referat von Herrn Börski oder, wenn dieser verhindert sein sollte, von Herrn M. Kreuz erstattet werden soll. Die Frage, ob auf die nächsten Generalversammlung schon die unbefriedigenden Lohnverhältnisse und Zustände in gewissen öffentlichen und nennenden Werkstätten zur Sprache gebracht werden können, wurde von dem Leiter der Lohnbewegung, Herrn Nische, verneint. In zwei Werkstätten sei ArbeitsEinstellung eingetreten, die betreffenden Kollegen seien aber bis jetzt noch nicht mit der Forderung oder auch nur mit einer Anzeige an die Lohnkommission herantreten.

Im Verein der Berliner Metallarbeiter, der am Montag, den 16. d., seine regelmäßige Versammlung im einlokale, Kommandantenstraße 71/72, bei Niess unter dem Vorsitz des Herrn Rojahn abhielt, handelte es sich zunächst um das Verhalten des Vereins zur Zentralisation. Der Referent, Herr Stadtoverordn. J. Börski sprach sich entschieden für den Beschluß an, die allgemeine Vereinigung der Metallarbeiter Deutschlands aus: Wie der Einzelne machtlos sei, könne nur eine lokale Organisation nur geringes leisten, sie könne den Zuzug der Arbeiter aus den kleinen Städten nach Berlin nicht hindern, der den Lohn drücke und Niederlagen bei Lohnbewegungen herbeiführe. Die ganze neuere, sozialpolitische Gesetzgebung lehne sich an Berufsgenossenschaften an und dem gegenüber sei eine Wahrung der Interessen der Arbeiter nur in einer allgemeinen Vereinigung durch den Druck großer Massen zu erreichen. Bei Strikes könne nach englischem Vorbild durch engstes Kartell zwischen den einzelnen Gewerkschaften der aller für die im Kampfe stehende Organisation zusammengefaßt werden. Durch selbstständige Regelung des Verbernehmens durch Errichtung oder Subventionierung von Schulen und Bibliotheken und durch die Errichtung eines Arbeitsnachweises büreau würde die Zentralisation positiv und reformatorisch wirken und wenn nicht die Gegenwart, so würde jedenfalls die Zukunft so große Verbände sehen. — Die Versammlung, vom besten Geiste beseelt war, nahm hierauf debattirt und einstimmig folgende Resolution an: Die allgemeine Mitglieder-Versammlung der Metallarbeiter Berlins erklärt sich mit den Ausführungen des Referenten einverstanden, beschließt den jetzt bestehenden Verein aufzulösen und sich der allgemeinen Vereinigung der Metallarbeiter Deutschlands anzuschließen und spricht sich für vollständige Zentralisation aus. — In der nächsten Versammlung wird beauftragen werden, ob die Mitglieder des Vereins augenblicklich erfolgen soll, oder ob dieser Entschluß von einer einzuberufenden Generalversammlung auszusprechen ist. — Im ferneren Verlauf der Sitzung wurden dem Kartell einstimmig 8 M. als Entschädigung für seine Auflösung bewilligt und schließlich ebenfalls einstimmig beschlossen, die Mitglieder, die Herren Klempner Meusel und Schönefeld, die gegen die Interessen des Vereins gehandelt haben, statutenmäßig auszuschließen.

Im Fachverein der Schmiede, welcher am Montag, den 16. d. M., Abends in Strahwells Bierhallen unter dem Vorsitz des Herrn Rathes versammelt war, referierte Herr Tobbe über die alle Kreise der Metallarbeiter jetzt so lebhaft bewegende Frage der Zentralisation und sprach sich entschieden für unbedingten Anschluß aus. Seinen Gedanken verlich die folgende Resolution Ausdruck: „In Ermägung der fortgeschrittenen Nothlage, in welcher sich die Metallarbeiter Berlins und des ganzen Deutschlands befinden, in fernerer Ermägung, daß eine dauernde Aufbesserung der Lage der Metallarbeiter nur durch eine zielbewusste, für die Verbesserung der Lohn- und Arbeitsbedingungen eintretende Organisation erreicht werden kann, ferner, daß bei den heutigen Produktionsverhältnissen und sozialen Verhältnissen von Berlin die Nothwendigkeit der Zentralisation der Aufbesserung der Lebensstellung der Arbeiter vorliegt, verpflichten sich die Versammelten, nach und nach für eine Organisation einzutreten und einzutreten dahin zu wirken, daß unter Beachtung aller bestehenden gesetzlichen Bestimmungen eine Verbindung sämtlicher deutschen Metallarbeiter ins Leben gerufen werde. — Hierüber ertheilt sich eine lebhafteste Diskussion, an der sich die Herren Baumgarten, Fellenberg, Drewiz, Rathes und der Referent beteiligten, die meisten Redner erklärten sich gegen Zentralisation, da das Solidaritätsgefühl im Schmiedegewerbe im allgemeinen noch nicht geweckt sei, wie der alte Gegensatz zwischen den sog. Meistergeschäften und Fabrikgeschäften noch immer nicht verschwunden sei, beweise, und da außerdem die Gefahr sehr nahe liegt, daß eine zentralistische Vereinigung politisch aufgelöst werde. In diesem Sinne lehnte die Versammlung die oben mitgetheilte Resolution ab und nahm die von Herrn Drewiz gestellte Motion an: Der Referent erklärt sich im Prinzip mit den Ausführungen des Referenten einverstanden, hält aber den Anschluß zur Zeit für nicht erwünscht. — Erwähnt sei noch, daß die Versammlung den folgenden Kollegen bei Joseph 50 M. Unterstützung bewilligte.

## Termisches.

Der letzte Brief Reinsdorf's. Die Leipz. Ger. Zeit. schreibt: „Wir sind in der Lage, den letzten Brief Reinsdorf's seinem Wortlaut nach wiederzugeben, den derselbe am Tage vor der Hinrichtung an seinen in Leipzig lebenden Bruder richtete hat. Der Brief ist auf einem seitens der Anwaltschaft lieferten Briefbogen mit fester, schöner Handschrift geschrieben und trägt den amtlichen Vermerk der Einlieferung desselben. Er lautet: „Halle, den 6. Februar 1885. Mein lieber Bruder! Es ist dies mein letzter Brief, doch sollst Du nicht trauern, denn als ich heute Vormittag durch den ersten Staatsanwalt von Halle die Eröffnung bekam, daß morgen früh um 8 Uhr alle meine Leiden beendet würden, war es das Gefühl der Erleichterung, das mich ergriff. Ich war die letzte Zeit so leidend, und wenn ich an eine eventuelle Begnadigung dachte, so wünschte ich mir den Tod. Denke Dir, wenn ich hätte ein Zusatzen leben müssen, ohne geistige Beschäftigung und Bewegung, Tag für Tag wie eine gedankenlose Maschine, so langweilige und geisttödtende Arbeit des Mollspulens verrichtend, wie schrecklich würde ich mir die Ruhe meines Grabes gewünscht haben — und Du wirst begreifen, daß die getroffene Entscheidung für mich die Beste ist. Wenn Du also diesen Brief empfängst, so denke, daß mir dann wohl ist und daß nur die für mich günstigen Momente zusammengewirkt haben, zu meinem Glück den letzten natürlichen Gang zu beschleunigen. Und nun, mein lieber Bruder, denke stets daran, daß es Deine Pflicht ist, lange die Eltern leben und Du noch junge Geschwister hast. Dich ihrer annehmen und Vater und Mutter auf ihre letzten Tage hässigst zu unterstützen. Unterdrücke einstweilen einigliche Lieblingsideen und denke, daß Du ja damit einen Wunsch meines Vaters erfüllst, den ich Dir mittheile, wenn mir und auch einen Theil meiner Pflichten mit erfüllst, wird es Dir leicht werden. Betrachte das Leben nicht, wie der ersten Seite, so, als ob es Dir nur geschenkt sei, sondern damit der Menschheit zu nützen und heilige Verpflichtungen einzulösen. Betheilige Dich so wenig als möglich an den blühenden Vergnügungen, wie sie leider bei den Gedankenarmen Arbeitern noch Sitte sind, sondern bilde Deinen Geist in allen Richtungen, damit Dir nichts fremd sei und Dir die der Klugheit kein J für ein J machen kann. Das ist mein meinsten Ueberragungen bis zum letzten Augenblicke treu bleibe und grüße Euch von Herzen tausendmal. Euer August.“

# Beilage zum Berliner Volksblatt.

Nr. 41.

Mittwoch, den 18. Februar 1885.

II. Jahrgang.

## Die wirtschaftliche Lage Deutschlands.\*

Es ist eine merkwürdige Zeit, in der man bestrebt ist, auf allen Seiten die drückende Lage der arbeitenden Klassen zu verbessern und in der man wiederum diese drückende Lage leugnet.

Die Organe des herrschenden Regiments erzählen uns, daß seit dem Jahre 1879, seitdem in Deutschland eine neue Steuer- und Wirtschaftspolitik eingeführt worden ist, die Lage der Gesamtindustrie und selbstverständlich auch die Lage der Arbeiter sich wesentlich gebessert hätte.

Und eben dieselben Organe erzählen uns von den Verbesserungen, die allerorts, besonders aber seitens der Reichsregierung gepflogen würden, um die schlechte Lage der arbeitenden Klassen zu verbessern.

Das sind allerdings Widersprüche, die man aber keineswegs tragisch auffassen darf. Die herrschenden Mächte und Parteien nämlich legen sich die wirtschaftliche Lage unseres Vaterlandes immer so zu recht, wie sie dieselbe gerade zu ihren Sonderzwecken gebrauchen können.

Aber aus diesen Widersprüchen geht schon hervor, daß die Lage der Arbeiter in Deutschland keineswegs eine günstige ist. Wären wir uns nur ein wenig um im Vaterlande, so würden wir dies finden, auch ohne theoretische Betrachtungen und Beweisführungen.

In der Tabakbranche sieht es seit Jahren schon schlimm aus, und immer neue Verschärfungen wegen geplanteder Steuererhöhungen üben auf die Tabakindustrie noch obendrein einen lähmenden Einfluß. Wenn man auf die 70er Jahre zurückblickt und die damaligen relativ guten Löhne in Betracht zieht, die eine größere Anzahl der jetzt noch fungierenden Fabrikarbeiter erhalten haben, so fühlt man erst recht die gegenwärtige Lage als eine schlimme.

Die Textil-Industrie, die Spielwaaren-Industrie im Königreich Sachsen, in Thüringen und Franken liegen gleichfalls schwer darnieder, so daß die Arbeiter dort kaum des Lebens Nothdurft erringen können; schlimmer noch sieht es in Schlesien aus.

Auch in der Eisenindustrie, die einen kurzen Aufschwung vor zwei Jahren genommen hat, ist seit einiger Zeit wieder ein Umschwung zum Schlimmern eingetreten. Das geht so, wenn eine sogenannte gute Konjunktur planlos und schicksallos ausgebeutet wird. Die Fabrikanten wettern dann miteinander in rastloser Produktion, Ueberstunden häufen sich auf Ueberstunden, Sonntags und Nachts wird fortwährend gearbeitet und ehe sich's die Herren versehen, ist die Ueberproduktion vorhanden, der bald schon Kräfte und Arbeitslosigkeit folgen. So auch in der Eisenproduktion.

Das eigentliche Handwerk aber ist am Uebelsten daran. Entweder können die kleineren Meister mit der Großfabrikation nicht konkurrieren und müssen sich selbst in den Dienst derselben gegen geringen Lohn stellen, wie dies bei Schneidern und Schuhmachern zum Beispiel der Fall ist, oder aber sie können der Großfabrikation noch Widerstand leisten, dann fehlt ihnen aber auch der Absatz, weil die Masse des Volkes so schlecht geworden ist, daß nicht genügend gekauft werden kann.

Die Bauarbeiter aber erhalten trotz ihrer ungemein anstrengenden und aufreibenden Arbeit, die sich dabei noch auf Monate im Jahr konzentriert, nur einen Lohn, der eben gerade die gebrauchte Körperkraft zu ersetzen. Auch ihnen bleibt nichts übrig, um des Lebens Freude zu genießen oder durch außergewöhnliche Ausgaben Industrie und Handwerk mit beben zu helfen.

Die Tischler sind fast überall unzufrieden mit ihrer Lage und geben wiederum schweren Lohnkämpfen entgegen. In Dresden rufen sie sich schon zu hartnäckigem Streik.

Und ganz ebenso wie den genannten Gewerken ergreift die Abwärtstendenz — überall sieht man Noth, nirgends Zufriedenheit. Betrachtet man nun noch die Lage der ländlichen Arbeiter und der Tagelöhner, so tritt uns da noch ein trübseliges Bild entgegen. Die bezüglich der Einführung des neuen Krankentagegeldes stattgefundenen Lohnverhandlungen haben vielfach zu den traurigsten Resultaten geführt.

So erhalten im Durchschnitt die erwachsenen männlichen Arbeiter in Schlesien ohne anderweitige Vergütungen eine wöchentliche Lohn, die weiblichen Arbeiter sechzig Pfennige. Im ganzen deutschen Reich aber wird der Durchschnittslohn der erwachsenen männlichen Arbeiter, die schwere Arbeit mit Hade und Schippe verrichten müssen, 1 Mark 30 Pf. bis 1 Mark 40 Pf. betragen. Diese Summe kann ein kräftiger Mann allein für Essen und Trinken ausgeben, ohne daß man sagen könnte, er habe zu flott gelebt. Wo soll aber dabei noch das Geld zu Wohnung, Kleidung, Erziehung der Kinder u. s. w. herkommen? Und je weniger der Arbeiter für Kleidung ausgeben kann, desto schlechter ist um die Textilbranche bestellt, und ebenso steht es mit den Schuhen aus, welche nicht genügend erneuert werden können.

Tausende leiden Schuhmacher und Lederindustrie gleichmäßig darunter. Vor allem aber leidet die Zigarrenfabrikation unter der allgemeinen Ungunst der Verhältnisse. Wenn das Haus und Bedürfnis geworden ist, so muß es doch bei den vielen anderen notwendigen Bedürfnissen manchmal nachlassen. Ist aber der Lohn in den andern Industrien ein auskömmlicher, ist die allgemeine wirtschaftliche Lage eine relativ gute, so raucht auch der Arbeiter und kleine Mann sich eine Zigarre mehr und das gäbe jährlich ungefähr 3650 Millionen! Da könnte mancher arbeitslose Zigarrenmacher beschäftigt werden und der Lohn auch der Zigarrenarbeiter würde erheblich steigen.

So hängt ein Gewerbe innig mit dem andern zusammen, und ist der Sieg irgend einer Arbeiterkategorie der Sieg sämtlicher Arbeiter, so ist die Solidarität aller Arbeiter vorhanden, die auch begehrt und gepflegt werden muß.

Denn können die Interessen der einzelnen Arbeiterbranchen hauptsächlich in den betreffenden Fach- und Unterstützungsvereinen vertreten werden, auch soll jede Gewerkschaft in erster Linie für sich sorgen, doch soll man niemals dabei aus dem Auge lassen, daß eine Besserung der Zustände nur durch ein gemeinsames Zusammenhalten aller Arbeiter und auf dem Wege der Gesetzgebung geschehen kann.

## Politische Uebersicht.

Die Nothwendigkeit der Erhöhung der Kornzölle ist die Nord. Allg. Ztg. durch Veröffentlichung einer Denkschrift Friedrich des II. zu beweisen, welche folgendermaßen lautet: „Die große Kunst besteht darin, diese Gelder (Steuern) zu erheben, ohne die Bürger zu drücken. Damit die

Steuern gleich vertheilt und nicht willkürlich werden, macht man Kataster, welche genau klassifizirt die Abgaben nach Vermögensverhältnissen der Einzelnen vertheilen. Dies ist so nothwendig, daß es ein unvermeidlicher Fehler im Finanzsystem sein würde, wenn die schlechte Vertheilung der Lasten dem Landmann seine Arbeit verleideten würde; es muß dieser vielmehr nach Entrichtung der Gebühren mit seiner Familie noch in einem gewissen Wohlstand leben können. Weist manfernt, die Pfleger des Staats zu unterstützen, muß man sie ermuntern, ihre Acker gut zu bestellen; denn in dem Landbau besteht der Reichtum des Landes. Der Erdboden liefert die nothwendigsten Lebensmittel, und die, welche ihn bearbeiten, sind, wie ich schon sagte, die eigentlichen Pfleger der Gesellschaft. — Man wird mir einwenden, Holland bestrebe, ohne daß seine Felder den hundertsten Theil von dem einbringen, was es verbraucht. Ich erwidere hierauf, daß dies ein kleiner Staat ist, in welchem der Handel der Ackerbau ersetzt. Je größer aber ein Reich ist, um so nothwendiger ist es, zur Pflege des Landbaues zu ermuntern.“ — In dieser Denkschrift ist freilich nur von dem Landmann und davon die Rede, daß diesem keine unerschwingliche Steuerquote aufzulegen sei. Wie aber daraus eine Schlussfolgerung auf die Nothwendigkeit der Erhöhung der Zölle gezogen werden kann, das ist wohl nur den Männern der „Nord. Allg.“ verständlich. Zu jener Zeit lag die Industrie noch in Windeln und die Landwirtschaft konnte in der That der Hauptsache nach in Betracht kommen. Aber heute? Arbeitslose auf dem Lande, Arbeitslose in den Städten, Zentralisirung des Grundbesitzes, Zentralisirung des mobilen Kapitals! Glaubt denn die freiwillig-gouvernementale „Nord. Allg.“, daß die Recepte von vor Jahrhunderten heute noch im Stande sind, die sich erst inzwischen herausgebildeten Mißstände zu beseitigen?

Die Nothwendigkeit, daß die Russen gegen Herat marschiren, hat sich als ein schlaues Börsenmanöver erwiesen. Trotzdem die Unrichtigkeit glaubwürdig konstatiert ist, hat aber die Erregung an der Börse noch nicht aufgehört. An der Berliner Börse laurte heute nachstehende Depesche: London, 17. Februar. Der heutige Leitartikel der „Times“ diskutiert die Möglichkeit eines Vorstoßes der Russen gegen Herat und bezeichnet diese Angelegenheit als eine sehr ernste Frage. Die russischerseits vermittelbaren Vorschläge für eine abgeänderte Grenze seien eine Imperpetuum, da solche den Russen sowohl Herat als den Weg nach Indien öffnen würden. Die „Times“ meint, England könne unter keinen Umständen nachgeben, und würde jede Abweichung seitens Russlands vom früheren Vertrage als einen casus belli betrachten. England sei trotz der Wirren im Sudan noch immer stark genug, um seine Rechte zu wahren.“ Die „Voss. Ztg.“ bemerkt dazu: „Mit der Erregung, die diese Depesche an der Börse geübt hat, wird das Strohfeuer des „Times“ Artikels seine Schuldigkeit gethan haben. Der Artikel ist eines der Symptome der Situation im Osten, wie sie dieser Tage und sonst schon oft zwischen Rußland und England hervorgerufen sind; eine positive Bedeutung legen wir ihm bis auf Weiteres nicht bei.“

## Frankreich.

Die Vorgänge in Paris beim Begräbnis Valles werden lebhaft in den Pariser Blättern erörtert. Der „Voss. Ztg.“ wird telegraphirt: „Die geprügelten Studenten sind unzufrieden. Sie veröffentlichten einen Protest, worin sie zunächst die Mäße behaupten, man habe bei Valles Leichenbegängnis „Es lebe Preußen!“ gerufen, und dann erklären, daß sie sich energisch gegen eine deutsche Kundgebung verwarren, die ihren Patriotismus tief verletzen müsse. Die tabulalen Blätter belehren die Patrioten, daß die deutschen Sozialisten Feinde Bismarcks seien und stets gegen Eisach-Lothringens Eroberung protestirt hätten. Die Regierungsblätter stellen jetzt schon die Sache so dar, als hätten deutsche Arbeiter die Studenten mißhandelt, und sprechen von deutschen Provokationen. „Republique française“ ruft: „Die so patriotische Pariser Bevölkerung gestattet nicht, daß man sie im eigenen Hause herausfordert. Wenn die deutschen Sozialisten um jeden Preis marischiren wollen, so sollen sie es in den Straßen Berlins thun.“ „L'Etat“ spricht von einer deutschen Fahne, die im Leichenzug getragen worden sei, und sagt: „Das Publikum hatte eine Empfindung, die sich nicht wiedergeben läßt, als es die Standarte sah, welche den Sarg eines französischen Bürgers verumglimpft.“ „L'Etat“ hält den Deutschen die großmüthige französische Gastfreundschaft vor und erklärt, es werde niemals ausgeben, daß Deutsche hier revolutionäre Kundgebungen ausführten, Erneuten anstiften u. s. w.“

## Großbritannien.

In London fand am Montag auf dem Themsequaal eine Raisenversammlung Arbeitsloser statt; man beschloß, eine Deputation zu dem Präsidenten des Lokalverwaltungsamtes Dilke zu entsenden. Die Deputation sollte Abhilfe der Noth durch Verwendung der Arbeitslosen bei Staatsbauten verlangen. Während die Deputation mit dem Vertreter Dilke's, welcher letztere dem Cabinetstisch beizuwohnt, verhandelte, wurden seitens der zusammengeströmten Menge, die zum Theil aus Angehörigen der untersten Volksklassen bestand, schlimme Ausschreitungen verübt. Saliglich wurde die Volksmenge durch das energische Einschreiten der Polizei zerstreut, wobei beiderseits Verwundungen vorliefen.

## Parlamentarisches.

— In der Reichstags-Kommission zur Vorbereitung der Holzpolleherhebung ist die deutsch-freieinnige Partei durch die Abgg. Ricker, Dirckel und Stiller, die Volkspartei durch Kroeber vertreten; die Deutschkonservationen durch Jhr. Göller v. Ravensburg, Graf v. Stolberg-Bernigrode, v. Grawapfel; die Reichspartei durch v. Carlomag und Staelen; die Nationalliberalen durch Haupt, Holzmann, Klumpp; das Centrum durch Graf Adelmann, Spahn, Hof, v. Schalsch, Dieden, v. Wendt, Raubach; die Sozialdemokraten durch v. Vollmar, Hafenclever. — In die Kommission für die übrigen Positionen der Zolltarifnovelle haben die Deutsch-freieinnigen die Abgg. Voewe, Meyer (Halle), Dr. Witte, Broemel und Buddeberg; die Nationalliberalen Feussel, Deckhäuser, Benzig; die Deutschkonservationen Uhden, Dr. Frege, Dr. Gerlich; die Reichspartei Lohren, Cripinuz zu Hopfenlohe-Dehringen, v. Aulmig; das Centrum Velochs, Trimborn, Febr. v. Landsberg-Steinfurt, Gielen, Biel, Kade und die Sozialdemokraten Singer delegirt.

— Die Subkommission der Börsensteuer-Kommission hat den Entwurf eines Börsensteuergesetzes fertiggestellt; derselbe wird voraussichtlich noch im Laufe dieser Woche der Kommission zur Betathung zugehen.

— Die Kommission des Reichstags zur Vorbereitung der Postdampfervorlage wird heute zur Feststellung des von dem Abgeordneten Broemel erstatteten Berichts zusammengetreten.

— Die Unfallkommission des Reichstags hat am

Montag in zweiter Lesung den Gesetzentwurf, betr. die Ausdehnung der Kranken- und Unfallversicherung auf die Transportgewerbe, mit geringen Abänderungen nach den Beschlüssen der ersten Lesung definitiv angenommen, und den Abgeordneten Dr. Buhl mit der Auffassung des schriftlichen Berichts beauftragt.

— Aus der gestrigen Sitzung der Petitionskommission ist folgendes hervorzuheben: § 369 des Strafgesetzbuchs bedroht die Schloffer mit Strafe, welche an Unbefugte Schlüssel u. verlaufen. Die Innungen zu Berlin, Leipzig, Dresden, Chemnitz, wünschten Abänderung dieser Bestimmung unter Hinweis darauf, daß die Nichtgeltung dieser Strafandrohung für Händler ihnen großen Nachtheil bringe. Man beschloß, die Petitionen dem Herrn Reichskanzler zur Kenntnignahme zu überweisen. Abg. Dr. Deublin wird schriftlichen Bericht erstatten. — Aus Dresden ist eine Petition eingegangen, daß auch das Gewerbe der Gold- und Metallschläger den im § 16 der Gewerbeordnung aufgeführten konzeptionspflichtigen Betrieben zugezählt werden möge. Das Bedenken, daß, wenn alle die Nachbarschaft unter Umständen störenden Gewerbe der Konzeptionspflicht unterstellt und eventuell aus den Städten vertrieben werden sollten, der Gewerbebetrieb schwer beeinträchtigt werden würde, veranlaßt den Beschluß, die Petition für ungeeignet zur Plenarörterung zu erklären.

— Die Arbeiterschulungskommission hat in ihrer gestrigen (13.) Sitzung den § 105a Abs. II des ersten Paragraphen durchberathen. Es wurde dem § 105a Abs. II der Gewerbeordnung unter Widerspruch der Linken folgende Fassung gegeben: In Verkaufsstellen aller Art dürfen Handlungsgesellen und Lehrlinge im Ganzen und zu gleicher Zeit an Sonn- und Festtagen nur fünf Stunden beschäftigt werden.

— In der gestrigen Sitzung der Reichstagskommission zur Vorbereitung des Postsparkassengesetzes wurden die Anträge v. Mantuffel-Franke, ebenso wie § 1 der Regierungsvorlage, trotz lebhaften Eintretens der Regierungsbereiter unter Führung des Staatssekretärs Dr. Strehlan, abgelehnt, dagegen die Resolution Schenk: „Die verbündeten Regierungen aufzufordern, dem Reichstage einen Gesetzentwurf vorzulegen, welcher durch Mitwirkung der Postverwaltungen bei Annahme, Unterbringung und Rückzahlung von Spargeldern die Vermehrung und Verbesserung der Spargelegenheiten und deren Verbreitung über das Reichsgebiet bewirkt“, mit erheblicher Mehrheit angenommen. Der Gesetzentwurf ist hiermit im Ganzen abgelehnt.

## Parlamentsberichte.

### Deutscher Reichstag.

51. Sitzung vom 17. Februar, 1 Uhr.  
Am Tische des Bundesraths: von Voeltcker, von Buttamer, v. Scholz, v. Buchard, später Fürst Bismarck.

Das Haus tritt in die erste und eventuell zweite Berathung des vom Abg. v. Kardorff beantragten Sperrgesetzes ein, das die in zweiter Lesung im Plenum beschlossenen und noch zu beschließenden erhöhten Zölle von Getreide u. s. w., Mühlensabrikaten und Schaumwein sofort in Kraft setzt.

Abg. v. Döw: Darüber herrscht Einigkeit, daß man der Spekulation nicht noch weiteren Spielraum gewähren darf. Doch sollte die Sperrung der Rohprodukte die Folge haben, daß auch die Halb- und Ganyfabrikate gesperrt werden, und werden wir einen darauf bezüglichen Antrag in der zweiten Lesung einbringen. Die Sperrung für Raps und Rübsaat hat auch für die Fabrikate aus diesen Produkten Wirkung.

Abg. Struemann: Auch die Gegner der Zollhöbungen können dem Sperrgesetz zustimmen, wenigstens werden das die Nationalliberalen einstimmig thun, um ungesunden Spekulationen in der Zwischenzeit zwischen jetzt und den definitiven Beschlüssen vorzubeugen. Um so mehr werden die verbündeten Regierungen untererhöhten Parteien auszugleich bemüht sein, daß, wo der neue Zolltarif in wohlverdiente Rechte eingreifen würde. Nach unter dem alten Tarif sind zahlreiche Kaufgeschäfte über Getreide, Getreide u. s. w. abgeschlossen worden, auf welche hin Lieferungs- geschäfte von Fabrikanten eingegangen sind und zwar gerade von den solidesten Leuten im guten Glauben an den Bestand des alten Tarifs. Nach der Ansicht des Redners würde gegen diese schwere Schädigung eine Bestimmung schlagen, die in das Hauptgesetz, nicht in das Sperrgesetz, aufzunehmen sein würde, weil die Häften sich aus beiden ergeben würden. Die Sache liegt jetzt anders als 1879, wo der neue Zolltarif Monate lang dem Hause vorlag, und jeder sich gegen seine Folgen sichern konnte; sie liegt heute, wie sie 1881 lag, daher ein Antrag im Sinne des angekündigten von der Regierung gewiß mit dem Wohlwollen, wie sie es damals bewies, betrachtet werden wird.

Finanzminister v. Scholz: Ich habe mich sehr gefreut, zu hören, daß auch der Redner und seine Freunde dem Sperrgesetz zustimmen werden. Um so mehr bedauere ich, seinen übrigen Ausführungen nicht zustimmen zu können. Sein Antrag ist zwar nicht zum Sperrgesetz, sondern zum Zolltarifgesetz gestellt, ein ähnlicher ist aber auch für das erstere zu erwarten. Gegen diese Anträge spreche ich mich aus. Die Methode für ein solches Sperrgesetz ist mit den Parteien 1879 präjudizell gewissermaßen festgestellt. Es wurde damals als ein Muster von allen Seiten angenommen, um Saub gegen übermäßige Einfuhr in der Zwischenzeit zu gewinnen. Die Vorlage entspricht jenem Muster. Von Interesse wird es für das Haus sein, ziffermäßig einigermassen zu übersehen, um was es sich bei diesem Sperrgesetz handelt. Ich habe aus den letzten drei Jahren die Durchschnittsziffern der Einfuhr der betreffenden Artikel für die Monate Februar, März, April und Mai berechnet lassen, und danach ergibt sich, wenn man beim Februar nur noch  $\frac{1}{3}$  des Monats annimmt, die übrigen Monate aber voll rechnet, eine Differenz für den Februar, wenn nicht gesperrt wird, von 630 000 M., für den März von 2 078 000 M., für den April von 1 942 000 M. und für den Mai von 2 388 000 M., im Ganzen rund 7 Millionen Mark. (Hört, hört! rechts.) Nun, meine Herren, ist damit aber bloß diejenige übermäßige Differenz der Einnahmen angegeben, welche berechnet wird nach dem regelmäßigen Durchschnittseingang der Waaren, bei welcher also noch nicht darauf Rücksicht genommen wird, daß, was ja naturgemäß der Fall sein würde, beim Ausbleiben eines Sperrgesetzes die Spekulation für weit größere Einfuhren Sorge tragen, und danach das Resultat ist noch ganz anders gefallen würde. Ich bin natürlich nicht in der Lage, entsprechend der eben vorgetragenen etwa eine Berechnung dessen aufzustellen, was voraussichtlich, wenn wir jetzt nicht das Sperrgesetz machen sollten, die wirkliche Einfuhr der nächsten Monate und also der wirkliche Zollverlust sein würde. Aber die Einfuhr, die wir in dieser Beziehung 1879

\*) Aus dem „Gewerkschafter“, Moenschrift für Handwerker, Gesellen, Schiffer und andere Arbeiter. Vereinsorgan von G. Ziele, Replerstraße 12.

gemacht haben, meine Herren, ist sehr reichlich; und ich darf mir da wohl erlauben, ein paar Hauptzahlen daraus mitzutheilen. Ich muß in dieser Beziehung vergleichen das Jahr 1879 nicht mit dem unmittelbar vorausgegangenen Jahre 1878, weil, wie die Herren sich erinnern werden, dies auch schon unter gewissen Unregelmäßigkeiten des Eingangs ist, sondern mit dem letzten vorausgegangenen regelmäßigen Jahr 1877. Es stellte sich im April 1877 die Einfuhrmenge der Tabakblätter in Doppelpfundern auf 31 890, im Jahre 1879 dagegen auf 50 624, und die entgangene Zollerhöhung berechnet sich bei Zugrundelegung der Einfuhr von 1877, also nach regelmäßigem Eingange auf 1 914 790, im Jahre 1879 aber zu 3 088 064. In ähnlicher Weise ist das Verhältnis wie für den Monat April so auch für Mai und Juni, und wie für bearbeitete Tabakblätter so auch für Bigaretten, Wein in Flaschen, Wein in Fässern und rohen Kaffee ermittelt worden. Bei diesen fünf Artikeln stellt sich nun heraus, daß im Monat April 1879, wenn die regelmäßige Einfuhr stattgefunden hätte wie im Jahre 1877, die entgangene Zollerhöhung 3 082 416 M betragen hätte, daß sie aber thatsächlich schon 4 866 678 Mark betragen hat. Für den Monat Mai 1879 dagegen stellt sich bei diesen fünf Artikeln das Verhältnis so, daß während bei der regelmäßigen Einfuhr von den Zollerhöhungen 3,606,129 M eingegangen wären, in Wahrheit keine viermal so viel, nämlich 13,335,589 M entgangen sind. (Hört! Hört!) Im Monat Juni 1879 verhält es sich dann wieder ungefähr so, wie es im April gewesen ist. Meine Herren, nun ist, glaube ich, ja in dem hohen Hause selbst große Geneigtheit vorhanden — und ich hoffe sie durch diese Zahlen noch vermehrt zu haben — auf die Sperrgesetzvorlage einzugehen, aber hier und da wohl auch für eine Amendment derselben im Sinne des Herrn Vorredners, darum möchte ich noch hervorheben, daß es den Effekt des Sperrgesetzes in unbedenkbarer Weise schädigen würde, wenn wir dazu übergingen, ihm einen solchen Paragraphen anzuhängen. Denn, meine Herren, die Verträge, die vorher schon geschlossen sind und welche eont. die Zulassung der Eingänge zu dem alten Zollsaße begründen sollen, sind ganz unübersehbar und kaum kontrollirbar. Ich glaube, es war am 8. Januar, wo der Herr Reichskanzler schon Gelegenheit nahm, hier im hohen Hause von der Vorlage zu sprechen, aber die Erwartung des Handelsstandes, der Beteiligten, ist schon viel früher auf diesen Gegenstand gerichtet gewesen. An den Getreidebörsen Deutschlands wird die Möglichkeit einer baldigen Erhöhung der Getreidezölle nicht nur diskutiert, sondern man fängt bereits an, sich vorsichtig für diese Eventualität einzurichten. Dadurch werden aber auch andere Geschäftszweige in Mitleidenschaft gezogen. Viele Berliner Bäcker sind z. B. gezwungen, ihren Bedarf an Mehl regelmäßig durch Kauf auf Lieferung an der Berliner Brodenbörse einen Monat vorher zu decken; sie gewinnen damit eine Sicherheit gegen schnelle Preisschwankungen, welche denjenigen recht hart treffen können, dem es zu dieser Vorsichtsmaßregel an Gelegenheit oder Umrüstung fehlt. In den letzten Tagen ist nun bereits den Berliner Bäckern bei Abschüssen auf fremdes Mehl, z. B. ungarisches, die Bedingung auferlegt worden, daß sie bei Einführung eines höheren Mehlsolles jedenfalls die Differenz gegen den bestehenden Zoll auf sich zu nehmen hätten. Ich glaube, diese Mittelheilung beweist, wie wenig es sich jetzt um etwas Pflöschliches oder Unerwartetes handelt. Für ganz ausnahmsweise gelegene Fälle aber, wo nach der allgemeinen Meinung eine Nachsicht nicht bloss billig, sondern nothwendig sein würde, hat der Bundesrath das Mittel in der Hand, Nachsicht zu üben, und ich glaube, das wird auch den weitgehendsten Forderungen genügen. Ich bitte deshalb, den Entwurf so wie er ist zu lassen und nicht mit einem solchen Paragraphen zu belasten, womit ich mich aber nicht etwa dagegen ausgesprochen haben möchte, daß eine Ergänzung desselben in dem Sinne, wie der erste Herr Redner, der Herr Freiherr v. D. w., es befürwortete, eintrete.

Abgeordneter Klemm bleibt, obwohl er von der Tribüne spricht, selbst für Mitglieder des Hauses unverständlich.

Abg. Richter: Ich habe von den Ausführungen des Vorredners so wenig wie von denen der Herren vom Bundesrath, die ein schwaches Organ haben, auf meinem Plage verstanden. Der vorliegende Gesetzentwurf hat mit der Frage, ob Freihandel oder Schutzzoll, gar nichts zu thun, und man kann über ihn ganz unabhängig von jener Frage entscheiden. Meine Freunde werden ihre Abstimmung davon abhängig machen, wie das Gesetz im Einzelnen ausfällt, und erhebliches Gewicht darauf legen, ob der Antrag Windthorst oder ein ähnlicher in zweiter Lesung angenommen wird. Der Minister v. Scholz hat das Sperrgesetz von 1879 als Muster für das vorliegende vorgeschrieben. Ich kann diese Exemplifikation in solcher Unbedingtheit nicht zugeben. Die Verschiedenheit geht schon daraus hervor, daß das damalige Gesetz, obgleich Getreidezollerhöhungen in Frage standen, sich nicht auf den Getreidezoll bezog, während das jetzige auf Getreide- und Mehlsollerhöhungen Anwendung findet. Es macht bei einem Sperrgesetz einen sehr großen Unterschied, ob man es mit Finanz- oder Schutzzöllen zu thun hat. Das Sperrgesetz von 1879 hat sich fast ausschließlich auf Finanzzölle bezogen. Die Getreidezölle hat man damals in dasselbe nicht aufgenommen, den Anfangstermin für die Erhebung derselben sogar auf den 1. Januar des folgenden Jahres hinausgeschoben, so daß 6 Monate zwischen dem Beschluß und der Vollziehung des Gesetzes lagen. Der Minister v. Scholz hat berechnet, was die Regierung wohl verdiene, wenn das vorliegende Gesetz unmittelbar in Kraft trete. Die Erzielung dieses Bluts kann doch aber nicht allein maßgebend sein. Außerdem ist eine solche Berechnung gerade bei der Natur der Schutzzölle leicht eine trügerische. Bei dem plötzlichen Inkrafttreten würden große Warenmengen nicht eingeführt werden, die zu uns hineinkämen, gerade wenn die niedrigeren Zölle einige Zeit länger in Kraft blieben. Von Getreidezöllen war freilich schon lange die Rede, aber ihre Höhe hat man ja nicht vorauswissen können. Die Regierung hat für Roggen einen Zoll von 2 M. verlangt; den Beschluß von 3 M. habe ich wenigstens bis zur Abstimmung selbst kaum als feststehend angesehen; um wie viel weniger ein drauß stehender Geschäftsmann. Eine Neuerung des Staatssekretärs v. Burchard stellte es gerade in Zweifel, ob überhaupt eine Roggenzollerhöhung kommen würde; man nahm eine Erhöhung bloss des Weizenzolles an. Bei Hafer und Hülsenfrüchten hat die „freie wirtschaftliche Vereinigung“ keine Erhöhung eintreten lassen, und bei dem Stärkeverhältnis der in derselben vertretenen Parteien müssen wir annehmen, daß diese auch nicht erfolgen wird. Bei so schwankenden Verhältnissen konnte sich doch der Kaufmann nicht vorher einrichten. Ich glaube Anfangs, das Sperrgesetz werde sich nur auf Roggen und Weizen erstrecken. Bei den anderen Artikeln liegen die Verhältnisse ganz anders. Zum Beispiel bei Raps entsprechen lange Lieferungsverträge der Natur des Geschäfts. Man kann sich über die Tragweite des Sperrgesetzes erst ganz klar werden nach Schluß der zweiten Beratung über alle die Artikel, auf welche sich dasselbe bezieht.

Finanzminister v. Scholz: Der Abg. Richter hat allerdings schon bei jener Gelegenheit den eben begründeten Standpunkt vertreten, daß ein Sperrgesetz sich wohl für Finanz-, nicht aber für Schutzzölle rechtfertigt. Dieser Auffassung ist aber 1879 weder von der Reichsregierung noch von der Majorität des Reichstages zugestimmt worden, denn unter den damals von der Sperr betroffenen Artikeln befand sich in erster Linie das Eisen, und der Eisenzoll war kein Finanzzoll, sondern ein reiner Schutzzoll. Die Unterscheidung ist aber für den Zweck des Gesetzes auch ganz gleichgültig; es kommt darauf an, daß diesem Zweck nicht noch monatlang diametral entgegengehandelt wird. Auch stehen

keineswegs bloss die Interessen von Privatpersonen in Frage; wenn die in Betracht kommenden Interessen so stark, so erheblich sind, daß die Befreiung es für gerechtfertigt erachtet, sich ihrer anzunehmen, dann sind es eben nicht mehr Privat-, sondern öffentliche Interessen; nur in dem Maße, wie man sie für öffentliche Interessen erachtet, ist es gerechtfertigt, gefesselt zu lassen, dann aber muß man diesen Schutz auch durch die in Antrag gebrachten Maßregeln vervollständigen. Diejenigen Herren, die noch vor wenigen Wochen bei geringfügigen Forderungen von 20, 30, 40 000 M. ihre Sparjamkeit so sehr betonen haben, müssen doch unbedingt hier, wo es sich um 7 Millionen bei regelmäßigem, um einige 20 Millionen bei gesteigertem Verkehr handelt, die Konsequenzen ihrer Sparjamkeitshaltung ziehen. Die Hinausschiebung der zweiten Lesung des Sperrgesetzes bis zur Beendigung der zweiten Lesung aller in Frage kommenden Tarifpositionen würde große Nachteile mit sich führen und hätte gar keinen Zweck, da ja von der Sperrbefreiung ohnehin erst Gebrauch gemacht werden kann, wenn ein Beschluß in zweiter Lesung über die einzelnen Positionen gefaßt ist.

Abg. Windthorst: Auch ich werde dem Sperrgesetz zustimmen unter der Bedingung, daß bestehende, wohlverordnete Rechte gesichert werden. Den Interessenten, welche vor Erbringung der Vorlage Verträge über Lieferung von Gegenständen bona fide abgeschlossen haben, muß die Wohlthat des alten Gesetzes belassen werden. Zahlreiche Lieferungen, die jetzt oder demnächst abzunehmen sind, wurden schon im vergangener Jahre abgeschlossen, und die höheren Zölle würden ganz erhebliche Mehrausgaben machen. Wir ist ein Fall bekannt, wo jemand eine ganze Reihe von Wochen hindurch 2500 Mark mehr bezahlen mußten für die Lieferung von Waaren, die ihm auf Grund eines im vorigen Jahre abgeschlossenen Vertrages übermitteln werden. Ich habe daher einen Antrag eingereicht, der dahin geht, daß so weit Gegenstände eingeführt werden in Folge von Verträgen, die nachweislich vor dem 1. Februar abgeschlossen sind, der alte Tarif in Kraft bleiben soll. Dieser Gedanke hat 1881 in der damaligen Novelle zum Zolltarif unter Zustimmung der Regierung seinen gesetzgeberischen Ausdruck gefunden. Ich würde dem Gesetz nicht zustimmen, wenn es störend in wohlverordnete Rechte und geordnete Verhältnisse eingreift.

Finanzminister v. Scholz: Im Jahre 1881 handelte es sich um eine ganz plötzliche und unerwartete eintretende Minderung des Zolltarifs; heute um Dinge, die lange Zeit vorausgesehen werden konnten und auch vorausgesehen worden sind. Im Jahre 1881 war auch dem damaligen Antrage des Abg. Windthorst keineswegs die Zustimmung der verbündeten Regierungen ausgesprochen worden, vielmehr hat deren Vertreter in dritter Lesung ausdrücklich um die Ablehnung. Ich glaube nicht, daß die Zollbehörden im Stande sein würden, ohne einen neuen ganz außerordentlichen Apparat von Inspektionen und Personen eine solche Aufgabe zu lösen. Ich bitte also nochmals, von der Annahme des Antrages, namentlich in der gedachten unvollständigen Fassung, abzusehen.

Abg. Broemel: Durch das Sperrgesetz wird nicht die unbedingte Spekulation vorzugsweise getroffen, sondern im Gegentheil das solide Geschäft. Allerdings ist schon zur Zeit der Wahlen, und besonders im November, Dezember und Januar viel Getreide zu Spekulationszwecken eingeführt worden; aber diesen Spekulationen kommt es gerade darauf an, daß das Sperrgesetz möglich bald eingeführt werde (sehr richtig!) während die soliden Firmen, welche ihre Abschlüsse für das Frühjahr getroffen haben, durch die Sperrge empfindlich geschädigt werden. Uebrigens hat man beispielsweise beim Roggen, diesem allerwichtigsten Artikel, erst ganz vor Kurzem erfahren, daß wirklich ein Differentialzoll eingeführt wird. Durch diesen Umstand werden die Argumente welche der Abg. Windthorst im Namen der Gerechtigkeit geltend gemacht hat, besonders verstärkt.

Abg. Graf Udo Stolberg: Wir werden für die Anträge v. D. w. und Bülwath (siehe unten) stimmen, weil sie eine nothwendige Ergänzung des Gesetzes enthalten. Dagegen stimmen wir gegen den Antrag Scipio-Struamann, dessen praktische Durchführung wir für unmöglich halten. Der Antrag Windthorst ist zwar klar und in guter Absicht gestellt, bedeutet aber in seiner jetzigen Form eine Entkräftung des Gesetzes. Wir werden abwarten, ob der Antrag in der dritten Lesung in einer für uns annehmbaren Form wieder vorgelegt wird.

Abg. Scipio beantwortet seinen Antrag, welcher namentlich mit Rücksicht darauf gestellt sei, daß erst ganz kürzlich wieder neue und sehr bedenkliche Zölle, wie z. B. der Rohznoll, beantragt seien. Dem Antrag Windthorst werde man jedenfalls näher treten müssen. Vielleicht zeige er den Weg, eine Schädigung des soliden Geschäfts zu vermeiden.

Abg. Richter: Auch ich zweifle, ob nicht die Spekulation auf das baldige Inkrafttreten der neuen Zölle viel stärker ist, als auf das verzögerte. Wenn die Herren so thun, als ob die Forderung des späteren Inkrafttretens unerhöht, und als ob die sofortige Sperrge das naturgemäße sei, so erinnere ich daran, daß schon im alten preussischen Zollgesetz von 1838 und ebenio in der Polordnung des Reichs bestimmt war, daß in der Regel neue Zolländerungen erst 8 Wochen nach der Publikation in Kraft treten sollen. (Hört! hört!) Das Gesetz selbst wollte also den Interessenten eine gewisse Beruhigung geben. Jetzt nun will man umgekehrt den Zoll schon ungefähr 8 Wochen vor der Publikation wirksam werden lassen. Ich bitte Sie, in die zweite Lesung der Vorlage heute noch nicht einzutreten; wir sind über die zahlreichen neuen Anträge noch gar nicht genügend informiert; und dadurch, daß wir mit der zweiten Lesung noch einige Tage warten, braucht der Eintritt der Sperrge nicht verzögert zu werden.

Abg. Windthorst empfiehlt nochmals seinen Antrag. Die Furcht, daß das Gesetz umgangen werden könne, dürfte nicht dahin führen, daß man berechnete Interessen verleihe. Gegen betrügerische Manipulationen habe man die Strafgesetze. Der Antrag Struamann stehe heute gar nicht in Frage, denn er bezieht sich nicht auf das Sperrgesetz.

Damit schließt die erste Verhandlung. Ein Antrag Richters, in die zweite nicht sofort einzutreten, wird gegen die Freisinnigen, Volkspartei, Sozialdemokraten, einige Nationalliberale und Centrumspartei abgelehnt. Zur zweiten Lesung beantragen: 1. Windthorst: das Gesetz auf Gegenstände, welche in Folge von Verträgen, die nachweislich vor dem 1. Februar d. J. abgeschlossen worden sind, eingeführt werden, nicht Anwendung finden zu lassen; 2. v. Wedell, Malchow und Frege: in dem Antrage Windthorst an Stelle von „1. Februar“ zu setzen: „15. Januar“; 3. v. D. w.: die Sperrge auch auf Mehl in Fässern auszudehnen; 4. v. Bülwath: auch Kraftmehl, Kuben &c. unter das Gesetz fallen zu lassen; 5. Broemel: Raps, Rübsaat und Mohr von der Sperrge auszunehmen; 6. Richter: die Sperrge lediglich für Weizen, Roggen, Hafer, Buchweizen, Hülsenfrüchte, Gerste, Mais und Malz eintreten zu lassen.

Die Diskussion wird über diese Anträge, zunächst mit Ausschluß der von Windthorst und Wedell, eröffnet.

Abg. Richter: Mein Antrag will vermieden, daß mit diesen Sperrmaßnahmen in den Verkehr mit anderen, als mit großen Handelsartikeln eingegriffen wird. Bei Raps und Rübsaat z. B. ist gar keine Spekulation in Frage, welche die Sperrge irgendwie rechtfertigen könnte. Wir wollen namentlich nicht auch überall die Sperrge gewähren, wenn irgend Jemand von der Majorität den Einsatz bekommt, irgend einen kleinen Handelszweig durch einen neuen Zoll zu beunruhigen. (Unruhe und Zwischenrufe rechts.) Allerdings, wenn ich heut zu Tage von Ihnen (nach rechts) so oft reden höre über die Verächtlichmachung, welche z. B. irgend eine Kolonie verdienen wegen eines ganz unwesentlichen Handels-

artikels, dann muß ich mich doch sehr verwundern über die Rücksichtslosigkeit, mit der Sie verfahren, wenn eine Gruppe von Agrariern es für gut hält, weiß für ihren Geldbeutel zu packt, einen ganzen Handelszweig zu zerstören. (Sehr gut! und Beifall links. Widerspruch und Unruhe rechts.) So wohl, als ganzes Verhalten ist vom Eigennutz diktiert! (Beifall links. Große Unruhe rechts.) Was soll es denn z. B. heißen, wenn die Sperrge auf frische Weinbeeren, auf frisches Gemüse ausgedehnt werden soll? Fürchten Sie da wirklich jetzt eine schädliche Spekulation? Bleiben Weinbeeren und Gemüse etwa frisch, wenn man sie wie Getreide in Speichern aufbewahrt? Mindestens muß doch das Sperrgesetz so redigirt werden, daß die Sperrge wirklich eine sachliche Begründung hat. Dann aber darf sie nur, wie mein Antrag will, für die großen Handelsartikel eintreten. (Beifall links. Bischen rechts.)

Abg. v. D. w.: Ich bitte, den Antrag Richter abzulehnen. Es handelt sich namentlich bei Raps und Rübsaat um isolirte Summen, die wir dem Staatsfiskus durch die Sperrge erhalten können. Herr Richter hat dann von einer Gruppe von Agrariern gesprochen, deren Verhalten vom Eigennutz diktiert sei. (Sehr richtig! links.) Er hat vergessen, daß es sich hier um die Majorität des Hauses handelt. Im Namen dieser Majorität protestire ich gegen seine Neuerung und weise dieselbe zurück mit Stolz und mit Entrüstung! (Lebhafte Beifall rechts. Gelächter links.)

Abg. Broemel: Mein Antrag ist im Interesse der deutschen Delmüller gestellt, welche durch die Sperrge von Raps und Rübsaat in eine ganz unglaublich schlimme Lage kommen würden. Namentlich würde die große Exportindustrie, die hier haben, schwer geschädigt werden.

Abg. Richter: Mit dem Stolz ist es eine schöne Sache, wenn er sich auf das Bollbenutzen der eigenen Kraft, aber wenn er nur darin besteht, Anträge zu stellen, welche auf Kosten der armen Leute angeführt werden können, so ist es mit diesem Stolz nicht weit her.

Abg. v. Bülwath bezieht diese Neuerung als nicht sachlich und erläutert seinen Antrag.

Abg. Richter: Ich habe mich streng an die Sache gehalten, so lange ich die Ueberzeugung hatte, daß sachliche Gründe Berücksichtigung finden würden. Wenn aber von Seiten der Majorität darauf verzichtet wird, wenn man die Sperrge sogar auf frisches Obst und Gemüse ausdehnen will, so sehen wir uns einer festen Mehrheit gegenüber, gegen die nur schwer angeknüpft werden kann. Der Bülwath'sche Antrag begreift auch in sich Stärke aus Kartoffeln, die keine Rolle unterliegen, und aus Mais, auf der nur ein geringes Zoll ruht. Ich glaube, durch die Entscheidung über die letzten Anträge, die hier gestellt werden, wird der sachlichen Entscheidung über die Zölle präjudicirt.

Staatssekretär v. Burchard: Der Vorredner geht von der Ueberzeugung aus, daß in dem Sperrgesetz die Zölle aufgelegt werden sollen. Das ist aber nicht der Fall. Es geht durch dasselbe nur dem Reichskanzler die Befugnis zuerkannt werden, über gewisse Artikel die Sperrge zu verhängen, welche die Befugnisse, welche vom Reichstage gefaßt worden. Auch in dem Jahre 1879 ist ähnlich verfahren worden, wenn dieses Verfahren so ungeheuerlich ist, wie es der Vorredner darzustellen versucht, warum hat er nicht damals Widerspruch gegen dasselbe erhoben? Das Sperrgesetz vorher erlassen wird, weil sonst die Wirkung des ganzen Zollgesetzes beeinträchtigt wird, ist nothwendig. In einer andern Richtung geht der Herr Vorredner von falschen Voraussetzungen aus. Das Sperrgesetz bezieht sich nur auf die Artikel, deren Zollerhöhung in dem vorgelegten Gesetze Aussicht genommen wird. Es kann also keine Annahme auf Früchte finden, da von denselben im Gesetz nicht die Rede ist.

Abg. Richter: Der Wortlaut des § 1 des Sperrgesetzes spricht nicht für eine solche Deutung. Vielmehr umgekehrt selbst nach meiner Ansicht und der Ansicht vieler Anderer im hohen Hause, was unter § steht. Ich weiß wohl, daß durch das Sperrgesetz nicht den Zoll feststellen. Aber die Vollmacht zur Verhängung der Sperrge auch auf unregelmäßig geordnete Einfuhrartikel, wie beispielsweise die Stärke, ausgedehnt wird, so steht die Bedeutung eines solchen Einfuhrartikels in der geschäftlichen Interessen nicht im Einklang mit dem Nutzen, der geschaffen werden soll. Bis gestern Abend hat Niemand, daß der Zoll auf Speiseöl verdoppelt werden könnte. Niemand konnte sich bei diesem Artikel vorstellen, und das ist die Vollmacht erteilt werden, daß schon morgen eine Sperrge auch für diesen Artikel eintreten kann. Das übersteigt das Alles, was man bisher an Rücksichtslosigkeit gezeigt hat.

Staatssekretär v. Burchard: Ich kann den Herrn v. Kardorf nicht authentisch interpretiren, aber ich habe es verstanden, wie ich es Ihnen vorhin angegeben habe.

Es folgt darauf die Diskussion über den Antrag Bülwath's.

Abg. Voermann: Nach der Erklärung, welche der Herr Staatssekretär abgegeben hat, ist zwar wenig Aussicht auf Annahme des Antrages Windthorst oder des von meiner Seite gestellten Antrages seitens der Regierung vorhanden. Trotzdem stimmen wir demselben zu mit Vorbehalt etwaiger Abänderungen bei der dritten Lesung. Er ist auch eine Nothwendigkeit geworden, weil von vielen Geschäftshäusern große Kommissien abgeschlossen worden sind, bevor man noch eine Abmahnung hatte, daß eine Erhöhung der Getreidezölle eintreten würde. In Hamburg beispielsweise wußte vor dem 8. Januar, wo der Herr Reichskanzler die Getreidezölle ankündigte, Niemand etwas von einer solchen Maßregel. Man glaubte vor allen Dingen nicht, daß diese Zölle in einer solchen Höhe kommen würden, wie sie jetzt vorgeschlagen sind. Das Ausnahmen, wie sie der Abg. Windthorst statuten will, für die Geschäftshäuser wenig geworden sind, wird mir Jedermann zugeben. Beispielsweise im November v. J. ein Kontrakt über die Schiffsladung Getreide in Amerika abgeschlossen ist, so würde dem kontrahirenden Dause durch den Mehrloll eine Schädigung von vielen tausenden Mark erwachsen, wenn das Sperrgesetz ohne Weiteres in Kraft träte. Man hat gesagt, daß der Antrag Windthorst nur dazu führen werde, Verhandlungen über artiger Verträge zu begünstigen. Aber der Bundesrath hat Maßnahmen einzelner Geschäftshäuser festzustellen. Ich bitte deshalb, den Antrag Windthorst anzunehmen.

Abg. Löwe: Es würde eine große Schädigung des deutschen Handels bedeuten, wenn das Sperrgesetz ohne Weiteres in Kraft gesetzt würde. Diese Geschäftshäuser haben die Mittelstellung gemacht, daß der Getreide- und der Rapszoll unmöglich daran denken konnten, daß so enorme Zollerhöhungen eintreten würden. Alle diejenigen, welche nicht nur ihr eigenes Interesse verfolgen, sollten daher mit uns zusammenwirken, eine unbillige Beeinträchtigung des Handels zu verhindern. Ein Rapsbändler hat mir mitgeteilt, daß er sofortigen Eintritt des Sperrgesetzes bei einer einzigen Hauptung von 70 000 M. verlieren würde. Er ist bereit, alle seine böswilliger Hinterziehung nicht die Rede sein. anderes bedeutendes Haus hat mich darauf aufmerksam gemacht, daß gerade durch die plötzliche Erhöhung der schlimmsten Spekulation Thür und Thor geöffnet sei. Es haben nämlich an der hiesigen Börse Spekulationen Großgrundbesitzer sind, darauf hin, daß sie von den Zollerhöhungen Kenntniß hatten, die ungeheuerlichen Abschichten sofortiger Lieferung gemacht. (Hört! hört! links.) Wenn der legitime Handel, der seine Abschlüsse gemacht hat, zu jener Zeit, wo er nicht von dem Eintritt der Zollerhöhungen jetzt gezwungen ist, die höheren Zölle zu bezahlen, so muß wenn er sich dem nicht ausziehen will, den Großgrundbesitzern in die Hände fallen, die ihre Kenntniß von der Er-

Alle benutzt haben, um kolossale Aufkäufe zu machen. Das  
Abg. v. Franckenstein hält die Annahme des Antrags  
Windthorst für einen Akt der Gerechtigkeit. Ein Bedenken  
gegen dasselbe ist allerdings nicht wegzuleugnen, daß Anti-  
korporationen vorgenommen werden. Allein gegen derartige  
Maßnahmen schützt einmal die hohe Strafe, welche gegen die-  
selben festgesetzt werden kann; sodann steht den Behörden ja  
auch ein gewisses Recht der Einsichtnahme in die Bücher zu.  
Der Unterantrag von Wedell ist als eine Verbesserung des  
Windthorst'schen Antrags zu betrachten, weil am 8. Januar  
von Herrn Kalle offiziell die Getreidezölle angekündigt sind.  
Abg. Windthorst wird voraussichtlich diese Aenderung  
nicht ablehnen.

Abg. Windthorst: Ich habe zwar immer geglaubt, daß  
man von den Absichten der Regierung dann erst etwas weiß,  
wenn dieselben uns hier in Vorlagen kundgeben sind. Trotzdem  
bin ich bereit, den Aenderungsvorschlägen des Abg. v. Wedell  
zuzustimmen.  
Staatssekretär v. Burchard: Der Herr Reichskanzler  
hat allerdings am 8. Januar zum ersten Male die Erhöhung  
der Getreidezölle angekündigt. Im Allgemeinen war die Maß-  
regel schon früher bekannt, wenn auch die Geschäftswelt nicht  
wußte, in welchem Grade die Zollerhöhungen stattfinden und  
welche Artikel davon betroffen werden würden. Sie haben  
sich deshalb schon vorgelesen, und in den Verträgen, die sie  
mit den Verkäufern abschlossen, sicher die Klausel ausgenommen  
hat für den Fall einer etwaigen Zollerhöhung der Verkäufer  
den Zoll zu tragen habe. Das müßte von einem vorsichtigen  
Geschäftsmanne verlangt werden.

Abg. Windthorst: Gesehe erhalten immer erst nach  
gewisser Zeit Kraft, wenn auch der Herr Reichskanzler  
am 8. Januar die Getreidezölle angekündigt hat, so konnten  
sie doch unmöglich vor dem 15. Januar Gesehekräft haben.  
Abg. Woermann: Ich muß doch den vorsichtigen Ge-  
schäftsmann gegenüber dem Herrn Staatssekretär in Schutz  
nehmen. In einem Kontrakte gehören zwei, und ein Verkäufer  
würde in dem Falle sicher den Zoll nicht tragen.  
Die Debatte wird hierauf geschlossen und der Antrag  
Windthorst mit dem Unterantrag Wedell einstimmig ange-  
nommen.

Die von den Abgg. Richter und Broemel gestellten  
Anträge werden abgelehnt, die Anträge der Abgg. Wöl-  
marth und v. D. angenommen.  
§ 1 wird mit vielen Anträgen angenommen, desgleichen  
eine Debatte die §§ 2 und 3; § 4 bestimmt, daß während der  
Dauer der Sperre die Bestimmung des Zoll-  
erhebungsovertrags von 1867, wonach von allen mit einem Ein-  
heitszoll von mehr als 3 R. per Doppelzentner belegten aus-  
ländischen Erzeugnissen keine weitere Abgabe, insonderheit kein  
kommunalaufschlag erhoben werden darf, für die gesperrten  
Artikel außer Anwendung treten soll.

Abg. Richter erklärt sich gegen diesen Paragraphen. Es  
würde hier eine sehr wichtige Bestimmung der Zollvereinverträge  
außer Kraft gesetzt werden, obwohl der letztere in sehr  
weiter Ausdehnung die Autonomie der Gemeinden in Bezug auf  
die Erhebung von Konsumtionsabgaben eingeschränkt habe. Es  
ist ein Verdienst des Reichskanzlers, in Preußen die Befrei-  
ung der Nach- und Schlachtsteuer durchgeführt zu haben.  
Wenn in Sachsen noch eine Nachsteuer bestände, so müßte man  
nach der Erhöhung der Getreidezölle doch um so mehr  
bedenken tragen, sie fortzusetzen zu lassen. Gerade Sachsen  
würde von dieser Erhöhung härter betroffen als ein anderes  
Land; die Kommunalsteuer auf das Brot beibehalten hieße das  
Volk verdoornen.  
Bundestammspräsident, sächsischer Finanzrath Golz konstatiert,  
daß in Sachsen eine Nachsteuer nicht existire, daß vielmehr  
in einigen Städten eine Steuer auf Mühlenfabrikate er-  
hoben werde.

Abg. Richter: Ich kann den Unterschied zwischen  
Sachsen nicht recht herausfinden. Auf Sachsen habe ich des-  
halb keine Anträge eingekommen, weil vorher, wie mir inzwischen mitgeteilt  
wurde, ein sächsischer Abgeordneter (Abg. Klemm) in der  
Landtagsdiskussion die Sache angeregt worden ist.  
An die Bemerkungen des Abg. Richter knüpft sich eine  
lebhafte Debatte, in welcher die sächsischen Abgeordneten  
Hartwig, Klemm, Sehlert und Kerner an-  
nehmen. Gegen die in erster Linie in Dresden er-  
höhten sächsischen Abgaben von Wehlprodukten seien nur die  
wenigen Getreidebesitzer des Herrn Richter eingenommen,  
und die große Mehrheit begrüße die in Aussicht stehende Re-  
form dieser Kommunalabgabe, durch welche ein vermehrter Er-  
trag herbeigeführt werden soll, mit Freuden.

Gegen die Bemerkung Richters, daß die Dresdener  
besonders noch einmal davon kommen würden, die Vereinfachung  
dieser drückenden Konsumtionsabgaben als eine Ehrenpflicht zu  
erklären, bemerkt Abg. Kerner, daß der Abg. Richter  
berücksichtigt sei, den die Sachsen im Punkte der Er-  
hebung der Steuern und des Handels im Rath fragen würden.  
Abg. Wedell protestirt dagegen, daß der Abg. Hartwig  
im Namen der Majorität der Bevölkerung Dresdens sprechen  
dürfte.  
Die Sozialdemokratie habe sich nicht nur gegen die  
Vermehrung der indirekten Steuern verwahrt, sondern sich  
auch auf das Altersversicherungsgesetz für die Abschaffung aller be-  
stehenden Bülle ausgesprochen. (Weiterkeit.)

Abg. v. Fischer tritt für die Annahme des Paragraphen  
ein, dessen Ablehnung den Haushalt von hunderten von  
bairischen Gemeinden in Unordnung bringen würde.  
Abg. Richter: Es scheint doch, als ob ich mit meinen  
Ausführungen einen wunden Punkt berührt habe, auf den wir  
heute später noch genauer kommen werden. Wie wandelbar  
die Konventionen sind, dafür zeugt der Umstand, daß Herr  
Hartwig 1877 selbst noch für Herrn Wedell in Dresden gestimmt  
haben soll. (Große Heiterkeit links.)

Abg. Hartwig bestreitet das letztere; Herr Richter sei  
auf diese Mittelung ebenso bereingefallen, wie er (Hedner)  
bezüglich der Buntpapierfabrikation (große Heiterkeit) hinein-  
gefallen sein sollte. Er könne die Wahrheit der ihm in dieser  
Beziehung gemachten Mittheilungen durch zahlreiche Zeugen  
erhalten lassen.  
Abg. Richter: Daß der Abg. Hartwig 1877  
Herrn Wedell gewählt hat, ist mir soeben von Herrn  
Wedell selbst mitgeteilt worden. (Große Heiterkeit.)  
Abg. Hartwig ruf: Woher weiß er das? Die Nachricht,  
daß Hr. Hartwig das Opfer einer Mystifikation geworden, ist  
uns zuerst aus Sachsen selbst gekommen.  
§ 4 wird darauf angenommen.

Es folgt die Beratung des Antrags Broemel, wonach der  
erhöhte Roggenzoll erst nach dem Ablauf des spanischen Handels-  
vertrages erhoben werden soll.  
Abg. Broemel: Die Einführung eines erhöhten Roggen-  
zollens gegenüber Rußland, während für alle anderen Staaten  
der alte Zollfuß in Kraft bleibt, bildet für unsere Zollgesetz-  
gebung ein Novum. Bis zum Bekanntwerden der Notice hat  
man es für unmöglich gehalten, daß die deutsche Zollgesetzgebung  
zu dem Differentialzollsystem zurückkehren würde. Die Motive wer-  
ten selbst die Frage auf, ob nicht die meistbegünstigten Länder  
von ihrem Roggen nach Deutschland schicken und dafür  
russischen Roggen beziehen werden, so daß dadurch die Einnahme  
aus dem erhöhten Zoll sich herabmindern würde. Aber diese rein  
finanzielle Betrachtung fällt gar nicht ins Gewicht gegenüber  
der kommerziellen und industriellen Schädigung. Es handelt  
sich um eine vollständige Verschiebung der Verlosung Deutsch-  
lands mit Rußland. Die Roggenproduktion in den meistbe-  
günstigten Ländern, in Oesterreich, Frankreich, Belgien,  
den Niederlanden, Griechenland, Türkei ist so groß,

daß sie der Produktion Deutschlands gleichkommt.  
Bei einem Vorprung von 20 Raut Zoll kö-  
nen diese Länder ihre Erzeugnisse leicht nach Deutsch-  
land versenden und dafür russischen Roggen zum einhei-  
mischen Konsum beziehen, zumal Roggen meist bei  
ihnen frei eingeht. Das bedeutet lediglich eine Umlage-  
legung des großen Roggenimports der deutschen Seehäfen  
an der Ostsee wie an der Nordsee. Tausende von Arbeitern  
würden dadurch brotlos werden. Die Klederei und der Schiff-  
bau würden ihre Beschäftigung verlieren, und auch die nord-  
deutsche Mollerei würde in Mitleidenschaft gezogen werden.  
Eine so weit reichende Verschiebung von Verkehr und Industrie  
entspricht sicher nicht der Billigkeit. Sie kann auch nicht durch  
die Nothlage des Roggenbaues begründet werden, denn die  
Roggenpreise sind seit 1880 stets erheblich höher gewesen als  
1873. Besonders bedenklich ist es, daß jeder Differenzialzoll zu  
schlimmen Mißbräuchen führt. Im gegenwärtigen Augenblick  
wird überdies die Wirkung des Differentialzollens verschärft  
durch das Sperrgesetz. Gelingt es in der That, durch diese  
Maßregel die russische Kornzufuhr von den deutschen Seehäfen  
zu verhindern, so wird man dies, so weit das Meer deutsches  
Land bespült, von Memel bis Emden als eine Vergewaltigung  
empfinden. (Lebhafter Beifall links.)

Die weitere Beratung wird um 5 1/4 Uhr bis Mittwo-  
ch 2 Uhr vertagt.  
Berichtigung. Der Abg. v. Hülf (nationalliberal) hat  
gestern nicht für, sondern gegen die Erhöhung des Roggen-  
und Weizenzolls gestimmt.

**Abgeordnetenhaus.**  
21. Sitzung vom 17. Februar 1885, 10 Uhr.  
Am Ministerische Randach und Kommissarien.  
Das Haus setzt die Beratung des Ausgabebetats der  
Eisenbahnverwaltung fort.  
Abg. Büchtemann beklagt, daß die für die Erneuerung  
des Oberbaues der Bahnen ausgeworfene Summe immer noch  
eine so außerordentlich hohe sei; der Staat zahle den Koalitionen  
der Schienenfabrikanten Preise, die den Preis der  
Schienen auf dem Weltmarkt ganz enorm übersteigen. Die  
Verwaltung solle das Ausland zu den Submissionen in um-  
fangreicherer Weise heranziehen und den inländischen Werken  
nicht einen unbedingten Vorrang gewähren.  
Ministerialdirektor Schneider stellt letzteres in Abrede;  
die schlechten Dividenden der Eisenindustrie-Gesellschaften be-  
weisen ja, daß ein unverhältnismäßig hoher Gewinn bei den  
Schienenlieferungen für die Staatsbahnen für sie nicht heraus-  
komme. Das Ausland sei zu den Submissionen ebendamäßig  
zugelassen, in den letzten Jahren seien aber Oefferten vom Aus-  
lande nicht eingegangen. Dieser Umstand zeige, daß die von  
den inländischen Werken geforderten Preise durchaus ange-  
messen seien.

Abg. Büchtemann betont dem gegenüber, daß es doch  
eine Thatsache sei, daß die deutschen Eisenwerke nach dem  
Auslande die Schienen ganz erheblich billiger liefern; man  
müßte den ausländischen Fabrikanten bessere Lieferungs-  
bedingungen stellen, damit sie mit den unserigen konkurrenz  
können.  
Abg. Berger: Das Ausland stellt wesentlich günstigere  
Lieferungsbedingungen, die den deutschen Werken zwar ermög-  
lichen, billiger zu liefern, deren Nachahmung aber der Ver-  
waltung nicht zu empfehlen wäre. Im Auslande werden  
Schienen anstandslos abgenommen, die wahre Nordwerkzeuge,  
von keinem preussischen Schienenkontroleur durchgelassen werden  
würden.

Abg. Büchtemann: Die Argumente des Vorredners  
sprachen indirekt auch für meinen Wunsch, daß die Sub-  
missionsbedingungen etwas weniger scharf gehalten würden;  
selbst Krupp habe sich in früheren Jahren geweigert, gewisse  
Bedingungen, deren Erfüllung die Güte der Schienen gar nicht  
einmal tangierte, zu unterschreiben.  
Abg. Berger: Wenn der preussische Eisenbahnminister  
vorzügliche Schienen haben will, muß er auch etwas mehr be-  
zahlen als das Ausland. Der Preis der Schienen richtet sich  
einfach nach der Qualität. Die Koalitionen sind eine treff-  
liche Einrichtung zur gleichmäßigen und rationalen Vertheilung  
der Arbeiten auf die verschiedenen Werke.

Abg. Meyer (Breslau): Noch niemals hat ein Geschäfts-  
mann sich einer Koalition angeschlossen, damit seine Konkurrenten  
zu leben haben. (Weiterkeit.) Der Zweck der Koalition ist viel-  
mehr der, den Preis über das durch die freie Konkurrenz fest-  
gestellte Niveau emporzuheben, und die Wachsamkeit der Kon-  
sumenten muß sich diesen Koalitionen dann um so schärfer zu-  
wenden, wenn das Mißverhältniß beider zu Nachttheilen für  
den Einzelnen und die Allgemeinheit zu führen droht. Die  
Bemerkungen des Abgeordneten Büchtemann waren daher  
wohlberechtigt.

Die sächsischen Ausgaben der Eisenbahnverwaltung für die  
Bahndirektionen Berlin, Bromberg, Hannover, Frankfurt a. M.  
werden hierauf bewilligt.  
Bei dem Aufgabebetrag für den Direktionsbezirk Magde-  
burg wünscht Abg. v. Beditz (Mühlhausen) die Herstellung  
einer besseren Bahnhofsanlage in Sommerda.  
Abg. Bachem bittet, die Zahl der festangestellten Heizer  
und Bremser des Güterzugpersonals im Bezirk der Direktion  
Rölln (linksrheinisch) zu vermindern.  
Die Abg. Lehmann, Berger, Pleß und Büch-  
temann bedauern übereinstimmend, daß, wie ihnen glaub-  
würdig berichtet sei, im Bezirk der linksrheinischen Direktion  
auf Veranlassung derselben, namentlich in Saarbrücken, gene-  
relle Lohnherabsetzungen verfügt worden seien, welche sich für  
die Eisenbahnarbeiter bis auf 16 pCt. der Löhne belaufen  
sollten; Ministerialdirektor Drefel erklärt, daß eine all-  
gemeine Verfüzung in diesem Sinne von der Zentralstelle  
keineswegs ausgegangen sei.

Abg. Kumpff: In den Fabrikantentreiben schlägt durch-  
weg für die Arbeiter ein warmes Herz; die Mißverhältnisse  
zwischen Arbeitgebern und Arbeitern werden lediglich künstlich  
durch gewissenlose Agitation erzeugt.  
Abg. Windthorst: Man darf solchen Verhältnissen  
gegenüber nicht einfach schweigen. Die Art, wie eine Reihe  
von Arbeitgebern gegen ihre Arbeiter vorgehen, ist des äußersten  
Tadel's werth. Die Regierung darf auf diesen Weg nicht  
treten.  
Abg. Bachem: Nichts ist geeigneter, das gute Verhält-  
niß zwischen Arbeitern und Arbeitgebern zu zerstören, als  
die Wahlbeeinflussungen, welche gerade von Parteifreunden  
des Abgeordn. Kumpff gegenüber ihren Arbeitern ausgeht  
werden.  
Abg. Kumpff weist diesen Vorwurf zurück.  
Die Ausgaben für die Direktionen Magdeburg und Rölln  
(linksrheinisch) werden bewilligt.

Bei den Ausgaben für die Direktion Rölln (rechts-  
rheinisch) wünscht Abg. Viesebach die Ermäßigung  
der für die Frachten zwischen Neuf und Düsseldorf bestehenden  
sehr hohen Eisenbahntarife.  
Geh. Rath Fleck erwidert, die Staatsregierung werde, so  
weit die Finanzlage das erlaube, auf eine schrittweise Ermäßi-  
gung der Tarife hinwirken.  
Das Kapitel wird bewilligt.  
Bei den Ausgaben für den Direktionsbezirk Breslau  
bemerkte Abg. Meyer, daß in dem ohnehin in sehr mangel-  
haftem Zustande befindlichen Bahnhof in Rosel während der  
letzten Wahlen eine zahlreich besuchte Wählerversammlung statt-  
gefunden habe, und das zu einer Zeit, wo fünf Personenzüge  
den Bahnhof kreuzten.  
Minister Randach hofft bald ein Projekt für den Neu-  
bau des Bahnhofs vorlegen zu können. Im Uebrigen seien  
Bahnhöfe für das reisende Publikum und nicht zu anderen,

namentlich nicht politischen Zwecken bestimmt. Wenn in dem  
Bahnhof daher wirklich eine Wählerversammlung statt-  
gefunden habe, so werde dies noch von ihm gerügt werden.  
(Beifall.)

Abg. Meyer: Er habe auf seine bezüglich Beschwerde  
über das Vorkommniß von der Direktion in Rosel die Antwort  
erhalten, daß kein Anlaß zum Einschreiten vorliege.  
Die Ausgaben werden bewilligt.  
Bei den Ausgaben für die Zentralverwaltung w.  
erklärt auf eine Anfrage des Abg. Büchtemann der Ministerial-  
direktor Schneider, daß die Verwaltung zur Befestigung  
der bekannten, durch die Niveauübergänge der Stettiner Eisen-  
bahn über Straßen von Berlin entstandenen Uebelstände eine  
Bereinigung der Berlin-Stettiner mit der Berlin-Dehrter Bahn-  
hof ins Auge gefaßt habe.  
Die Ausgaben werden bewilligt.

Der Nachweis über die Verwendung des im Eisenbahn-  
Etat pro 1. April 1883/84 vorgesehenen Dispositionsfonds von  
1 500 000 M. wird durch Kenntnisknahme für erledigt erklärt.  
Bei den einmaligen Ausgaben beantragt die Budget-  
kommission, die Forderung von 100 000 M. für den Umbau  
des Bahnhofes Uelzen zu streichen.  
Abg. Plinke beantragt und befragt dagegen die  
Bewilligung des Postens.  
Diesem Antrage gemäß beschließt das Haus mit großer  
Mehrheit, genehmigt auch die übrigen Positionen dieses Etats  
und vertagt sich sodann um 1 1/4 Uhr bis Mittwoch 11 Uhr  
(Antrag Huene, betreffend Verwendung der Einnahmen aus  
den Getreidezölle; Konvertirungsgesetz; kleinere Vorlagen und  
Petitionen.)

### Lokales.

b. Eine sehr merkwürdige Zukunftsgedend Ver-  
tins ist die, deren Hauptverkehrsader künftig die Barichauer-  
straße bilden wird. Die breite, imposante Straße, welche vom  
Oberbaum nach der Frankfurter Allee hinüberführt, ist über  
ehemaligen Wiesengrund doch wie eine Bergstraße aufgeschüttet.  
Vermittelt einer mächtigen Brücke überfähret sie das gewalt-  
tätigen Schienenney der Schiefischen und der Ostbahn und tief  
unter dem Beschauer brausen die Flüge ohne Unterbrechung hin  
und her. Nach der Stadt zu blickt man gerade in die Niesen-  
halle des Schiefischen Bahnhofes hinein. Nach Kummelsburg  
zu fällt der Blick auf ein Gewirr von hohen Eisenbahndämmen,  
welche vollkommen den Anblick einer mächtigen Festung ge-  
währen. Wie eine Bitabelle leuchtet von der Höhe das röth-  
liche Bahnhofsgebäude herüber, von dem und zu dem die  
Ringbahnzüge herab- und hinaufgleiten. Weithin überblickt  
man die Stadt und das Spreetal. An der Straße selbst  
festeln die riesigen Märgungsbehälter der Wasserwerke unsere  
Aufmerksamkeit, die sich in langer Reihe elegantmäßig aufbauen.  
Fabriken und Speicher steigen gegenüber bereits empor. Kurz,  
die Gegend gewährt einen ganz besonderen großstädtischen An-  
blick, wie man ihn in Berlin nicht zum zweiten Male findet.

N. Ein Streit zwischen zwei Edhnen des schwarzen  
Erdehells, bei dem sogar Blut geflossen, setzte gestern die Be-  
wohner eines Hauses der Altonaerstraße in Aufregung. In  
dem genannten Hause hat der Afrikareisende Herr Major a. D.  
von Neschow eine Wohnung inne, welche er mit zwei in dorthi-  
ger Gegend namentlich bei den Kindern allgemein beliebten  
Negerknaben theilt, die, zwei verschiedenen Stämmen angehörend,  
er sich von seinen Reisen in das Innere Afrikas mitgebracht, und  
deren Lehrer und Erzieher er ist. Bei einer Reise nun, die Herr v.  
Neschow kürzlich unternommen, waren die beiden Knaben allein  
in der Wohnung zurückgeblieben. Die ungewohnte Freiheit  
benutzte der Ältere gestern, um die ausgedehnten Exkursionen  
zu unternehmen. Deswegen von dem jüngeren, der ihm den  
Eintritt in das gemeinschaftliche Schlafzimmer verweigerte, bei  
seiner Rückkehr zur Rede gestellt, gerieth er dertmaßen in Wuth,  
daß er sich zu empfindlichen Mißhandlungen hinreißen ließ.  
Nun erwachte bei dem Geschlagenen das heiße afrikanische Blut,  
er ergriff ein zur Hand liegendes Messer und brachte seinem  
Genossen eine nicht unbedeutende Verletzung bei. Von dem  
Närm herbeigezogene Hausbewohner verwehrten die Kämpfenden  
nur mit Mühe zu trennen, und da man eine Wiederholung  
des Kampfes befürchtete, wurde der angebliche Dühello vorläufig  
in der Nachbarschaft eingekerkert.

Polizei-Bericht. Am 16. d. M. früh gerieth in einer  
Küche des Hauses Königin-Augustastrasse 26 in Folge Mangels  
der Holirsicht die Balkenlage unter der Kochmaschine in  
Brand. Das Feuer wurde noch vor dem Eintreffen der Feuer-  
wehr gelöscht, so daß die letztere nur noch Aufräumungsarbeiten  
zu verrichten hatte. — An demselben Tage Wends fiel ein  
unbekannter etwa 50 Jahre alter und anscheinend dem Arbeiter-  
stande angehörender Mann in der Weinmeisterstraße in Folge  
von Trunkenheit zur Erde und erlitt dabei eine so schwere  
Verletzung am Kopfe, daß er mittelst Drosche nach dem St.  
Hedwigs-Krankenhaus gebracht werden mußte.

### Gerichts-Zeitung.

Unter der Auflage der wiederholten Unterschlagung  
stand gestern der großbritannische Unterthan John George  
Hyle vor der dritten Strafkammer hiesigen Landgerichts I.  
Derselbe war im Jahre 1883/84 in der von der Firma  
M. Bollmer in der Urbanstraße hieselbst betriebenen Luxus-  
waaren-Fabrik als englischer Korrespondent, Buchhalter und  
Reisender in Stellung und hat theils Gelder, welche ihm zur  
Deckung von Geschäftsschulden übergeben waren, theils ein-  
gegangene Postanweisungen, theils auf der Reise eingezogene  
Summen unterschlagen und für sich verwendet. Es standen  
etwa 50 Fälle der Unterschlagung im Gesamtbetrage von  
ca. 11 000 M. zur Anklage. Dem Angeklügten wurde  
ferner vorgeworfen, daß er sich auf seinen Reisen mehrfach als  
Inhaber der Firma und als M. Bollmer vorgestellt habe,  
während seine Behauptung, daß er nur als Vertreter der  
Firma aufgetreten sei, nicht glaubhaft erscheint, da er auch ver-  
schiedene Quittungen einfach mit M. Bollmer unter-  
zeichnet hat. Angeklagter bestritt seinerseits jede Schuld.  
Die Beweisaufnahme wurde deshalb komplizirt und ausgedehnt,  
weil der Angeklagte behauptete, daß er auf Grund des, mit  
seinem ehemaligen Chef abgeschlossenen vorläufigen Kontraktes,  
bereits im Rai v. J. berechtigt gewesen sei, über die ein-  
gezeichneten Auskünfte und sonstige Mittel der Firma nach  
freiem Ermessen zu disponiren; die Zeugenvernehmung unter-  
stützte diese Behauptung aber keineswegs. Der Staatsanwalt  
hielt denn auch die Anklage in allen Fällen aufrecht und bean-  
tragte eine Gesamtstrafe von drei Jahren und drei Jahren  
Zuchthaus. Rechtsanwalt Dr. Friedmann als Verteidiger  
hatte einen schweren Stand und bot in seiner Rede Alles auf,  
um die Handlungsweise des Angeklagten in ein milderes Licht  
zu stellen. Der Gerichtshof fand aber keine Veranlassung dem-  
selben mildere Umstände zu bewilligen, sondern erkannte dem  
Antrage des Staatsanwalts gemäß.

### Vereine und Versammlungen.

t. Eine öffentliche Tischler-Versammlung für den  
Westen und Südwesten fand am Montag Abend unter sehr  
zahlreicher Theilnahme im Rothbader'schen Lokale in der Belle-  
Alliance-Straße statt. Herr Rödel referirte hieselbst über  
das Thema: „Unsere Aussichten für die Lohnbewegung in  
diesem Frühjahre. Nach einem Rück- und Ueberblick über die  
allgemeine Lage und den gegenwärtigen Stand der Bewegung  
kam derselbe auf die für die Tischler bedeutungsvolle Frage  
der Minimal-Lohnsätze, welche von den Tischler-Gesellen schon  
vor längerer Zeit aufgestellt und der Tischler-Znning zur Be-  
gütachtung unterbreitet worden sind, zu sprechen. Referent

heißte mit, daß die seitens der Meister zur Befreiung der Minimal-Lohn-tarife eingesetzten Branchen-Kommissionen fast alle in den Tarif-enthaltenen Positionen als für zu hoch normiert erachtet haben und eine Reduktion der Preise bis zu 15 pCt. für angezeigt halten. Die von den Tischlergesellen erwählten Branchen-Kommissionen werden in nächster Woche in Verbindung mit den Meister-Kommissionen die Beratungen über die Minimallohn-tarife beginnen. Angesichts der wenig entgegenkommenden Haltung der Innungsmeister sei vorauszusetzen, daß der euent. Durchführung der Minimallohn-tarife erste Schwierigkeiten in den Weg treten würden und sei es deshalb und dinst erforderlich, die geschaffene Organisation in jeder Weise zu befestigen und zu kräftigen und darauf hinzuwirken, daß sich endlich alle Tischler-gesellen Berlins der Lohnbewegung anschließen. Diese Mittheilungen riefen große Sensation und eine sehr lebhaft Diskussions hervor, welche durch die Besprechung interner Verhältnisse mehrerer Betriebe der Tischlerwerkstätten noch anhaltender wurde. In einer gefassten Resolution erklärten die Versammelten, für die Durchführung der Minimaltarife mit allen gesetzlichen Mitteln wirken zu wollen und den Gesellen-Tarif-Kommissionen die Aufrechterhaltung der stipulierten Positionen zu empfehlen. — Im Anschluß hieran wurde Herr Backstätt an Stelle des Herrn Gerlach als Kommissionsmitglied für SW., und als Kassirer für SW. Herr Gallina gewählt. Auch wurde dem Kommissionsbeschlusse, die Zahl der bisherigen Vertrauensmänner auf das Doppelte zu erhöhen, durch entsprechende Wahlen Rechnung getragen.

**In der Mitglieder-Versammlung der Zentral-Kranken- und Sterbe-Kasse der Drechsler und verw. Berufsgenossen (E. S. 48) am Montag, den 9. d. Mts., in der „Urania“, Brangelstr. 10, wurde als Bevollmächtigter Herr Schmädicke, als Schriftführer Herr J. Schiefe und als Beisitzer Herr M. Kaiser gewählt. Bei der Delegirtenwahl zu der am 1. März zu Naumburg a/S. stattfindenden General-Versammlung sind der Stimmzahl nach folgende 20 Herren gewählt worden: M. Kaiser, Kojahn, Thun, Hildebrandt, Müller, Schmädicke, Fischer, Hartmann, A. Kaiser, Kühn, Schröder, Weiskopf, Schiefe, Röndt, Ehrlich, Kochlöf, Teutsch, Koch, Hoffmann und Stein; als Ersatz-Delegirte die Herren Schneider, Kaufhold und Doff. Es werden die sämtlichen Delegirten und Stellvertreter zu einer am Freitag, den 20. Febr., Abends 8 Uhr, im Lokale Königsgraben 19, behufs einer wichtigen Besprechung stattfindenden Versammlung eingeladen.**

**Der Unterstützungsverein der Schuhmacher Deutschlands, welcher sich Anfangs d. M. hieselbst konstituiert hat, hielt am Montag Abend bei Ackermann, Linienstr. 44, seine erste Wanderversammlung ab. In Folge des Nichterscheins des Herrn Venz von der Tischler-Lohnkommission mußte der von diesem zugesagte Vortrag ausfallen und hielt an Stelle dessen Herr Sperber ein kurzes Referat über Handwerker- und Arbeiterorganisationen, die Nothwendigkeit einer geschlossenen Organisation hervorhebend und den Anschluß an den Unterstützungsverein befürwortend. In der Diskussion wurde die traurige Lage der Schuhmacher erörtert und fanden nach derselben einige Vereinsangelegenheiten ihre Erledigung. — Zur Vertiefung gelangte ein Aufruf der Lohnkommission an die Schuhmacher.**

**Trotzdem im 5. Berliner Reichstags-Wahlkreise nur ein Bezirksverein und zwar für die Kommunal-Wahlbezirke 29, 30 und 31 existirt, konnte derselbe: bisher nicht den Zuspruch erlangen, welchen sich andere Bezirksvereine erfreuen. Seit Beginn dieses Jahres, seitdem auch ein neuer Vorstand die Geschäfte des Vereins leitet, scheint es aber, als wenn die Bewohner des 5. Wahlkreises mehr und mehr Interesse für den Verein bekommen, denn die Versammlungen sind jetzt besser wie zuvor besucht und vermehrt sich die Mitgliederzahl in jeder Versammlung. Der Vorstand sieht daher seine Bemühungen belohnt und wird auch ferner die Vereinsabende durch be-**

lehrende Vorträge interessant zu machen suchen. Der monatliche Beitrag beträgt 20 Pf. Einschreibegeld wird nicht erhoben. Die nächste Versammlung findet heute Mittwoch, Abends 8 Uhr, im Restaurant Golle, Linienstr. 30, statt, zu welcher der Stadtverordnete Fritz Goedicke einen Vortrag über kommunale Angelegenheiten zugesagt hat. Wir machen speziell auf diese Versammlung aufmerksam und bitten die Interessenten diese Versammlung zahlreich zu besuchen.

**Große öffentliche General-Versammlung** sämtlicher Metallarbeiter Berlins, als: Gärtler, Drücker, Schnittarbeiter, Formner, Presser u. s. w. Mittwoch, den 18. Februar 1885, Abends 8 Uhr, im Vereinshaus „Süd-Ost“, Waldemarstr. 75. Die Tagesordnung wird in der Versammlung bekannt gemacht. Der Wichtigkeit wegen ist es Pflicht eines jeden Metallarbeiters, in dieser Versammlung zu erscheinen. Die Lohnkommission. F. A.: E. Mörbring.

**Der Arbeiter-Bezirksverein „Lausitzer Platz“** hält am Mittwoch, den 18. Februar, Abends 8 1/2 Uhr, im Lokale der „Urania“, Brangelstr. 9 und 10, seine regelmäßige Mitglieder-Versammlung mit folgender Tagesordnung ab: 1. Kassenbericht, 2. Vortrag des Stadtverordneten Herrn Paul Singer, 3. Verschiedenes und Fragelasten. — Gäste, durch Mitglieder eingeführt, sind willkommen. — Der monatliche Beitrag beträgt 20 Pf., ein Einschreibegeld wird nicht erhoben. — Um zahlreichen Besuch wird gebeten.

**Der Luisenstädtische Bezirksverein „Vorwärts“** hält heute Mittwoch, den 18. Februar, Abends 8 Uhr, in Kontra's Saal, Wasserthorstr. 68, eine Vereins-Versammlung ab, in welcher Herr Dr. Badet einen Vortrag halten wird. Hierauf findet eine Besprechung des Arbeiterschutzgesetzes statt. Die Bürger der Luisenstadt und der angrenzenden Stadtbezirke werden, soweit für dieselben kein Arbeiter-Bezirksverein existirt, ersucht, sich diesem Verein anzuschließen. Derselbe bezweckt, durch gegenseitige Belehrung, Vorträge und Besprechungen über öffentliche, besonders kommunale und wirtschaftliche Angelegenheiten das Interesse an öffentliche Leben zu fördern, sowie durch geeignete wissenschaftliche Vorträge nach Möglichkeit zur Ausbildung seiner Mitglieder beizutragen. Besonders da der niedrige Beitrag, welcher monatlich nur 20 Pf. beträgt, Jedermann den Beitritt ermöglicht.

**Eine große öffentliche Versammlung** sämtlicher Metallarbeiter Berlins als Gärtler, Drücker, Schnittarbeiter, Formner, Presser u. s. w. findet Mittwoch, den 18. Febr. 1885, Abends 8 Uhr, im Vereinshaus Süd-Ost, Waldemarstr. 75, statt. Die Tagesordnung wird in der Versammlung bekannt gemacht. Der Wichtigkeit wegen ist es Pflicht eines jeden Metallarbeiters in dieser Versammlung zu erscheinen (siehe Inserat).

**Auf Ersuchen des Vereins** für die Reform der Schule und Erziehung wird Freitag, den 20. Februar, Abends 8 Uhr, in Sommers Salon, Potsdamer Straße 9, Frau E. L. Neumann aus New-York über die Frauenbewegung in Amerika referiren. Zutritt steht Damen und Herren frei.

**Verein Berliner Mechaniker**, im Restaurant Ad. Went, Alte Jakobstr. 123, Abds. 8 1/2 Uhr. Vortrag unseres Mitgliedes E. Burger über Schiffskompass. Das 7. Stiftungsfest des Vereins findet am Sonnabend, den 21. Februar statt; Billets sind nur bis Donnerstag Abend in der Sitzung zu haben. Gäste willkommen.

**Eine große außerordentliche Versammlung** des Arbeiter-Bezirksvereins der Drancienburger Vorstadt und des Wedding findet am Mittwoch, den 18. d. Mts., Abends 7 1/2 Uhr, im Wedding-Park, Müllerstraße 178, statt, in welcher Herr Tischlermeister Mitau über „Das Arbeiterschutzgesetz“ referiren wird. Da das Thema ein für jeden Arbeiter höchwichtiges ist, werden Mitglieder sowohl wie Nichtmitglieder gebeten, recht zahlreich zu erscheinen.

**Das gemüthliche Beisammensein** der Mitglieder des Arbeiter-Bezirksvereins der Rosenthaler Vorstadt, welches am Sonntag, den 15. Februar, stattfinden sollte, wurde in letzter

Stunde am Sonnabend Abend noch auf Grund des § 9 des Gesetzes vom 21. Oktober 1878 verboten.

**Die hiesige Mitgliedschaft der Nationalen Kranken- und Begräbniskasse der deutschen Gold- und Silber-Arbeiter und verwandter Berufsgenossen**, Juweller, Graveure, Goldschmiede, Quiltschneure, Emailleure, Blattgoldschläger, Glaser-Arbeiter, Fein-Mechaniker, Klein-Uhrenmacher, Rüstgießer, Gärtler, Formner, Drücker, Silberarbeiter, Presser u. s. w. hält ihre unter § 40 des Statuts vorgesehene Mitglieder-Versammlung am Donnerstag, den 19. Febr., Abends 8 Uhr, in den Sälen der Grätzel'schen Bierhallen ab mit der Tages-Ordnung: 1. Kassenbericht; 2. Wahl der Beamten; 3. Verschiedenes. Das neue Statut legitimirt. Minderjährige haben keinen Zutritt. (Siehe Inserat.)

**In zwei hiesigen Tischlerwerkstätten** für besten Kastenmöbel, und zwar in der Werkstätte des Herrn Malzer, Androssstraße 56, und in der Werkstätte des Herrn Breder, Eisenbahnstraße 12, von denen der erste 13, der zweite 8 Gesellen beschäftigt, hat am Montag resp. Dienstag eine Arbeitseinstellung in Folge indirekter Lohnreduktion stattgefunden. Diefelbe wurde bedingt durch eine Herabsetzung der resp. Lohnungen und der daraus entstehenden Mehrarbeit, ohne daß auch zugleich eine Lohnherabsetzung erfolgte. Den Bemühungen des Herrn Rödel ist es noch nicht gelungen, die entstandenen Differenzen auszugleichen.

**Stenographisches.** Der Luisenstädtische Stenographen-Verein beginnt am Mittwoch, den 18. d. M., im Restaurant Köpcke, Prinzenstr. 79, Abends 8 1/2 Uhr, einen neuen unentgeltlichen Unterrichts-Kursus in der Koller'schen Stenographie für Herren und Damen. Bei der leichten Erlernbarkeit dieses Systems nimmt der Unterricht nur 4 Stunden in Anspruch und sind für die vollständigen Lehrmittel zu 3 M. zu erachten, weitere Unkosten entstehen nicht. Anmeldungen ertheilen im Restaurant. Verpätete, jedoch bis zum 25. d. M. eingehende Anmeldungen finden mögliche Berücksichtigung.

**Leipzig, den 15. Februar.** Gestern hielt der Fortbildungsverein für Arbeiter sein Jahres-Stiftungsfest ab. Diefelbe verlief sehr glänzend und hielt Herr Reichstagsabgeordneter A. Heine unter großem Beifall der zahlreichen Theilnehmer die Festrede.

**Magdeburg, den 17. Februar.** Gestern Abend fand hier selbst im Saal der „Flora“ eine Volksversammlung statt, an der unser Herr Reichstagsabgeordneter A. Heine einen Vortrag über „Kolonialpolitik und Dampfer-subsidien“ hielt. Die Versammlung war von etwa 4000 Personen besucht. Diefelbe nahm einstimmig eine eingebrachte Resolution an, daß sie sich mit dem Verhalten des Herrn Redners und dessen Partei im Reichstag einverstanden erklären. Leider gab bei der darauffolgenden Diskussion die ungewählte Ausdrucksweise eines Redners Veranlassung, daß die Versammlung um 11 Uhr auf Grund des § 9 des bekannten Gesetzes aufgelöst wurde.

**Briefkasten der Redaktion.**

**Fachverein der Nähmaschinenarbeiter.** Über die in Ihnen am 14. Februar abgehaltene Versammlung befindet sich bereits ein Bericht in der No. 40 unseres Blattes vom 17. d. M. Haben Sie denselben vielleicht übersehen? Wir können nicht zweimal über eine Versammlung berichten.

**Richard P. I. Klein,** der wohlhabende Bruder hat in diesem Falle durchaus keine rechtliche Verpflichtung, zu halten das nicht für nöthig, da wir uns gleich bei Veröffentlichung des Textes bemühen, unierren Lesern unverständliche Fremdwörter auszumergen. Wir wissen sehr wohl, daß man in einer anderen hiesigen Zeitung bestrebt ist, möglichst Fremdwörter anzuwenden, vielleicht nur aus dem Grunde, um dieselben nachher erklären resp. übersetzen zu können.

**Theater.**

- Königliches Opernhaus.**  
Heute: Der Trompeter von Säckingen.
- Königliches Schauspielhaus.**  
Heute: Hans Lange.
- Deutsches Theater.**  
Heute: Kisko.
- Bellealliance-Theater.**  
Heute: Der Raub der Sabinerinnen.
- Neues Friedrich-Wilhelmstädtisches Theater.**  
Heute: Gasparone.
- Central-Theater:**  
Alte Jakobstraße 30. Direktor: W. Ernst.  
Heute: Der Walzer-König.
- Residenz-Theater:**  
Direktion Anton Anno.  
Heute: Die Ehstatts-Invaliden. Hierauf: Die Schullehrerin.
- Balhall-Operetten-Theater:**  
Heute: Der Feldprediger.
- Luisenstädtisches Theater:**  
Heute: Der Goldbauer.
- Ostend-Theater:**  
Heute: Die zwei Waisen.
- Dallner-Theater.**  
Heute: Die Sorglosen.
- Victoria-Theater.**  
Heute: Sulfurina.
- Alhambra-Theater.**  
Heute: Selbst ist der Mann, oder: Die Schlosser von Berlin.

**Arbeitsmarkt.**

Ein Lehrling zur Metalldruckerei verlangt  
332 C. Unholz, Raunynstr. 50.

Allen Bekannten, sowie einer geehrten Nachbarschaft, empfehle mein

**Korbwaaren-Geschäft.**

Reparaturen schnell und billig.  
229 G. Kissner, Waldemarstraße 14.

**Großer Mittwochstisch** à Portion 25 Pf.  
nur Hausmannslosh. Wallstr. 16, nahe der Grünstr., S. part. I.

**Zur gest. Kenntnissnahme!**

A. de Nève's Special-Liste für kaufmännische Vacanzen erscheint wöchentlich 3 Mal Barnimstr. 42 I.

**Elegante Masken-Garderobe**  
**Fr. Panknin**  
Oranienstraße 178 v. 2. Etage, 330 Ecke Adalbertstr.

en gros. **Cigarren- u. Tabak-Handlung** en détail.

**Fritz Goercki**

Berlin SO., Admiralstraße 40 (frühere „Linde.“)

Import echter Havanna, Lager aller Sorten Rauch- und Schnupftabake. Reich assortirtes Lager echt türkischer, russischer und amerikanischer Cigaretten und Tabake. Seit Nordhäuser Raubtabak.

Größtes Lager sämtlicher Bedarfsartikel für Herren-Kleidermacher. **En gros. Versand-Geschäft. En détail.**

Nach beendeter Inventur verlaufe auch im Einzelnen zu Engros-Preisen und gebe bei größeren Einkäufen Vereinbarung extra Rabatt.

- Specialitäten:**
- Stahlen-Cloth, echt schwarz, Meter 1.50, 1.80, 2.00, 2.25, 2.50—2.75.
- Acrschfutter, elegante Muster, Meter 0.30, 0.40, 0.45, 0.50, 0.60, 0.70, 0.75—1.00.
- Röber, Schirting, Zwischenschfutter, Taschen-Röul, Meter 25, 30, 35, 40, 50—60 Pf.
- Wattirungs- und Hosenleinen, Meter 40, 45, 50, 60, 70—75 Pf.
- Vorten elegant, Mohair, Cachemir und Seide, Meter von 6—30 Pf.;
- Vorten bei Abnahme von Stücken extra 10 pCt. Rabatt.
- Schnallen, Haken u.ösen, Fasting- und Steinmüsknöppe jeder Art, sowie Rieth- und Metall-Höfen.
- Indose, Chappe, Seide, Garne, Zwirne u. Baumwolle u. c. zu Original-Fabrik-Preisen.
- Die angekauften Reste von Futterstoffen, Cloths, Ketten, Sommerdress, baumw. Hosen- u. Anzugstoffen u. werden bedeutend unter dem Kostenpreise ausverkauft.
- Neuheiten in weißen und bunten Westenstoffen zu sehr billigen Preisen empfiehlt

**Siegmond Berger, Berlin S., 65 Alte Jakobstraße 65.**

**Nationale Kranken- und Begräbniskasse der deutschen Gold- und Silber-Arbeiter u. verw. Berufsgen.**

Donnerstag, den 19. Februar, Abends 8 Uhr, in Grätzel's Bierhallen, Kommandantenstr. 77—79,

**Mitglieder-Versammlung.**

Lageordnung:  
1. Kassenbericht. 2. Wahl der Beamten. 3. Verschiedenes. Der Vorstand.  
331

**Eine große öffentliche Versammlung** sämtlicher Metallarbeiter Berlins

findet am Donnerstag, den 19. Februar, in der Urania, Brangelstraße 9 und 10, Abends 8 Uhr, statt.

Lageordnung:  
Der Stille der Arbeiter der D. Joseph'schen Fabrik. Referent Kollege Fritz Goedicke. Um zahlreichen Besuch bittet Der Einberufer.

**Große öffentliche General-Versammlung**

sämtlicher Metallarbeiter Berlins als Gärtler, Drücker, Schnittarbeiter, Formner, Presser u. s. w.

Mittwoch, den 18. Februar 1885, Abends 8 Uhr, im Vereinshaus Süd-Ost, Waldemarstraße 75.

Die Tagesordnung wird in der Versammlung bekannt gemacht.

Der Wichtigkeit wegen ist es Pflicht eines jeden Metallarbeiters in dieser Versammlung zu erscheinen. Die Lohnkommission. F. A.: E. Mörbring.

**Arb.=Bz.=V. Lausitzer Platz**

Mittwoch, den 18. Februar, Abends 8 1/2 Uhr, im Lokale der „Urania“, Brangelstraße 9 und 10,

**Mitglieder-Versammlung.**

Lage-Ordnung:  
1. Kassenbericht. 2. Vortrag des Stadtverordneten Herrn Paul Singer. 3. Verschiedenes und Fragelasten. Gäste, durch Mitglieder eingeführt, sind willkommen. Neue Mitglieder werden aufgenommen. — Um zahlreichen Besuch bittet Der Vorstand.  
NB. Der monatliche Beitrag beträgt 20 Pf.; ein Einschreibegeld wird nicht erhoben.